

KAMPF UM
KURDISTAN
KAMPF UM
KURDISTAN

Kampf um Kurdistan

Der Aufstieg des »Islamischen Staates«
und das Revival des linken Internationalismus

KURDISTAN
KAMPF U
KAMP
KURDIS'

inhalt

- Mord als Mission.** Der Aufstieg der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) in Irak und Syrien. *Von Harald Eitzbach* 6
- Die Angst ist groß.** Ein Bericht aus Sulaimania, Kurdistan-Irak. *Von Karin Mlodoch* 9
- Bündnisse von Erzfeinden.** Das Spektrum des Islamismus ist sehr heterogen. *Von Jean Rokbelle* 12
- Universalismus mit tödlichen Nebenwirkungen.** Islamismus und Salafismus als faschistisch zu bezeichnen, greift zu kurz. *Von Jean Rokbelle* 13
- 24 Stunden konzentriert für Allah.** Ideologie und Zielgruppe der salafistischen Szene in Deutschland. *Von Jean Rokbelle* 15
- Umzingeltes Kobanê.** Im Kampf um die westkurdische Stadt entscheidet sich nicht nur die Zukunft Rojawas, sondern auch der Friedensprozess in der Türkei. *Von Thomas Schmidinger* 18
- Geringschätzung und falsche Analysen.** Eine Replik auf den Artikel »Umzingeltes Kobanê«. *Von Ercan Ayboga* 20
- Wir juchzen nicht, wenn IS-Kämpfer sterben.** Sara Mirkan (Perspektive Kurdistan) über die Solidarität mit der kurdischen Bewegung in Zeiten des Krieges. *Von Jan Ole Arps* 22
- Schluss mit der selektiven Solidarität.** Die einseitige Unterstützung der kurdischen Selbstverwaltung spielt dem Assad-Regime in die Hände. *Von Harald Eitzbach*... 25
- Einsame Helden vs. Reiter der Apokalypse?** Blindstellen bei der Analyse des Islamischen Staates und ihre gefährlichen Folgen. *Von Andrea Fischer-Tahir und Karin Mlodoch* 27
- Zeiten des Aufruhrs.** Der Kampf um Kobanê bedroht den Friedensprozess zwischen PKK und türkischer Regierung. *Von Joris Leverink und Dominique Vicente* 30
- Die Geschichte des Ö.** Vom Marxismus-Leninismus zum demokratischen Konföderalismus – die ideologische Wandlung der PKK. *Von Thomas Schmidinger* ... 32

editorial

Wenig ist geblieben von den Hoffnungen von 2011, dem Jahr des Aufbruchs in den arabischen Ländern. Die Diktatoren sind wieder (Ägypten) oder noch immer (Syrien) da, und statt einer neuen arabischen Linken sind die Dschihadisten des Islamischen Staates (IS) auf dem Vormarsch. Nur in den kurdischen Enklaven Nordsyriens (Rojava) scheint sich ein Stück politischer Utopie zu halten, permanent bedroht durch die Angriffe des IS. »Solidarität mit Rojava«, »Waffen für Kurdistan«, »Wann wenn nicht jetzt?« – so klingen die linken Unterstützungsparolen 2014, im Jahr des Aushaltens mit dem Rücken zur Wand.

Die Geschichte der bundesdeutschen Neuen Linken ist nicht zuletzt die Geschichte internationaler Solidarität. Seit den 1960er Jahren begeisterte sie sich für den Vietcong, die antikolonialen Befreiungsbewegungen in Afrika oder die Guerillagruppen in Lateinamerika. Sie erschienen als die natürlichen Verbündeten in den hiesigen, meist ziemlich unspektakulären Kämpfen. Auch der gemeinsame Feind war klar benannt: der Imperialismus. Bei aller Zerstrittenheit konnten Linke in internationalistischen Kampagnen große gemeinsame Erfolge feiern. Die von der taz lancierte Spendensammlung »Waffen für El Salvador« brachte zwischen 1980 und 1992 eine Summe von 4,7 Millionen DM.

So weit, so gut. Das klare Freund-Feind-Bild hatte allerdings auch ungute Nebeneffekte. Nachdem in einigen Ländern die nationalen Befreiungsbewegungen die Macht erkämpft hatten, orientierte sich die internationalistisch arbeitende Linke vorrangig darauf, die revolutionären Errungenschaften zu verteidigen. Oft bedingungslos, seltener in kritischer Solidarität.

Nach 1989 brach dann die internationalistische Bewegung hier

weitgehend zusammen. Vielfach sprangen NGOs in die Leerstellen. Teile der Linken nutzten die 1990er Jahre zur Reflexion eigener Fehler. In ak 397 – der Jubiläumsausgabe zum 25. Geburtstag unserer Zeitung – wurden die Schwachstellen der eigenen internationalistischen Publizistik und Kampagnenpolitik kritisiert, unter anderem die »Übertragung der eigenen, auf Basis der metropolitanen Verhältnisse entwickelten Sozialismus-Vorstellungen auf x-beliebige Revolutionen der 3. Welt«.

Um die Jahrtausendwende gewann die Straße als Ort der politischen Auseinandersetzung wieder an Bedeutung. Die Projektion des »revolutionären Subjekts« auf ferne Befreiungsbewegungen schien überwunden. Die globalisierungskritische Bewegung trat auf den Plan, es entstanden Projekte wie Afrique-Europe-Interact, für die Internationalismus heißt, gemeinsame Strategien zu entwickeln und gemeinsam zu kämpfen. Als im Jahr 2011 die Aufstände und Revolutionen in den arabischen Ländern Jugend- und Sozialproteste in den USA, Israel und Europa inspirierten, gab es wieder eine Ahnung davon, was das sein könnte: ein weltumspannender Kampf für das gemeinsame Ziel gesellschaftlicher Emanzipation.

Jetzt sieht es so aus, als sei das stellvertretend kämpfende »revolutionäre Subjekt« wieder aufgetaucht. Gleich drei verschiedene Spendenkampagnen für Waffen für Kobanê wurden in den letzten Wochen initiiert. Sie sind auch durchaus erfolgreich. Allerdings wird die autonome Region Rojava in Nordsyrien im Zuge dessen als sozialistisches Modell der Zukunft verklärt. Die Heroisierung des bewaffneten Kampfes nationaler Befreiungsbewegungen wiederholt sich; innere Konflikte im Lager der »Guten« werden heruntergespielt, Menschenrechtsverletzungen bagatellisiert. Da waren wir schon mal weiter.

Die vereinfachte Formel KurdInnen versus IS stellt zudem den Blick auf andere nicht-militärische Schauplätze im Kampf gegen den IS. Damit folgt man der gleichen Logik wie die Mainstreammedien, die sich nur für die jeweils tobende »Entscheidungsschlacht« interessieren. Linke, die BündnispartnerInnen suchen, dürfen aber nicht nur die nationalen und ethno-konfessionellen Minderheiten in den Blick nehmen.

Im ersten Teil unserer Broschüre zeichnet Harald Etzbach das Erstarren des IS nach. Karin Mlodoch ergänzt diesen Teil durch einen Bericht aus dem Nordirak. Dabei richtet sie den Blick auch auf den zivilgesellschaftlichen Widerstand, der dem IS besonders verhasst ist. Jean Rokbelle beschäftigt sich mit dem Spektrum des Islamismus. Er warnt davor, Islamismus und Salafismus einfach als Faschismus zu bezeichnen. Anhand der salafistischen Szene in Deutschland zeigt er, wie versucht wird, Menschen für den Dschihad zu rekrutieren.

Der zweite Teil beschäftigt sich mit Kurdistan, der Rolle der PKK und der neu aufgeflamnten Solidarität in der Linken. Thomas Schmidinger analysiert, welche Auswirkungen der Kampf um Kobanê für den Friedensprozess in der Türkei hat. Mit seiner Kritik an der Schwesterpartei der PKK, der PYD, rief er den Widerspruch von Ercan Ayboga, einem Aktivisten der

Initiative Tatort Kurdistan, hervor. Wir dokumentieren, jeweils gekürzt, dessen Leserbrief und Schmidingers Antwort via Facebook.

Im Interview mit der Gruppe Perspektive Kurdistan diskutieren wir, was Solidarität in Zeiten des Krieges heißen kann. Harald Etzbach fordert in seinem Beitrag das Ende der selektiven Solidarität: Eine einseitige Unterstützung der kurdischen Selbstverwaltung spiele dem Assad-Regime in die Hände. Das sehen auch Andrea Fischer-Tahir und Karin Mlodoch so.

Die Weigerung der türkischen Regierung, notwendige Unterstützung gegen den IS zu leisten, hat im Südosten der Türkei zu Straßenschlachten zwischen Sicherheitskräften und prokurdischen DemonstrantInnen geführt, bei denen fast 40 Menschen starben. Über die Situation in der Region berichten Joris Leverink und Dominique Vicente. Zum Abschluss der Broschüre zeichnet Thomas Schmidinger eine kurze Geschichte der PKK – unter besonderer Berücksichtigung der Rolle Abdullah Öcalans.

In den nächsten ak-Ausgaben wollen wir die Diskussion über die Frage, wie internationalistische Politik heute aussehen kann, ebenso fortsetzen wie die solidarische Auseinandersetzung mit dem Projekt Rojava. Die in dieser Broschüre dokumentierten Texte sollen hierzu als Orientierungshilfe dienen.

die ak-Redaktion

Impressum

Herausgeber Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

Druck und Verlag ak – analyse & kritik, Rombergstraße 10, 20255 Hamburg.

Redaktion Jan Ole Arps, Gabi Bauer, Martin Beck,

Sarah Lempp, Jens Renner, Ingo Stütze, Maïke Zimmermann.

V.i.S.d.P. G. Bauer, Verlagsanschrift. Redaktion, Verlag (0 40) 40 17 01 74, Fax (0 40) 40 17 01 75,

redaktion@akweb.de. Einzelbestellungen, ak-Abonnement, Vertrieb: (0 40) 40 17 01 73,

vertrieb@akweb.de. Gestaltung Renate Möller.

Auflage 5.000 / Ein Teil der Auflage wird kostenlos als Bildungsmaterial zur Verfügung gestellt.

Der Verkauf der restlichen Auflage dient zur Deckung der Kosten. Nachdruck von Artikeln Nach Absprache mit der Redaktion und mit folgendem Hinweis: Nachdruck aus »Kampf um Kurdistan«, Sonderbeilage zu ak – analyse & kritik, Winter 2014. Eigentumsvorbehalt Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt wird. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



Gefördert durch die
Rosa-Luxemburg-Stiftung



Mehr Infos unter:
www.akweb.de

Der Aufstieg des »Islamischen Staates«

Mord als Mission

Der Aufstieg der Terrororganisation
Islamischer Staat (IS) in Irak und Syrien

Von Harald Etzbach

Sie steinigen »EhebrecherInnen«, ermorden Andersgläubige und politische GegnerInnen auf brutalste Weise und gehen mit Vorliebe gegen die BasisaktivistInnen und Organisationen der Opposition vor. Die dschihadistische Terrororganisation Islamischer Staat in Irak und Syrien (ISIS), die sich seit kurzem nur noch Islamischer Staat (IS) nennt, steht für ein absolut atavistisches Verständnis des Islam. Die verummten Gestalten unter der schwarzen Fahne mit der Schahada (dem islamischen Glaubensbekenntnis) hantieren mit modernen Hightech-Waffen. Sie produzieren professionelle Propagandavideos, und ihre militärischen Kampagnen dokumentieren sie akribisch in einem Report, der nach Art eines Geschäftsberichts die Erfolge

der Organisation für mögliche Investoren auflistet. (1)

In der westlichen Presse wurde IS zum ersten Mal wahrgenommen, als diese ursprünglich aus dem Irak stammende Organisation im April 2013 als neue radikalere Konkurrenzorganisation des al-Qaida-Ablegers Jabhat al-Nusra in Syrien auftauchte. Jabhat al-Nusra hatte zuvor ihre Zugehörigkeit zu al-Qaida aus taktischen Gründen geheim gehalten, jetzt wurde diese Verbindung offen von Abu Bakr al-Baghdadi, dem Führer von IS, in einer Radioansprache verkündet. Zugleich gab al-Baghdadi die Vereinigung der beiden Organisationen unter seiner Führung bekannt. Al-Nusra wies diese Erklärung zurück und wandte sich an Aiman al-Zawahiri, den Anführer von al-Qaida, mit der Bitte um Vermittlung. Al-Zawahiri antwortete zwei Monate später in einem privaten Brief, der im arabischen Programm des katarischen Nachrichtensender

al-Jazeera veröffentlicht wurde. Darin wird die Vereinigung der beiden Gruppen abgelehnt und al-Baghdadi angewiesen, im Irak zu bleiben. Al-Nusra wird als offizielle al-Qaida-Gruppe in Syrien bestätigt. Al-Baghdadi ignorierte diese Anordnungen mit der Begründung, hiermit werde die koloniale Grenzziehung zwischen dem Irak und Syrien anerkannt. Im Folgenden spaltete sich al-Nusra, wobei insbesondere die nicht-syrischen Kämpfer sich der radikalere IS anschlossen.

Ab dem Sommer 2013 brachte IS systematisch Gebiete insbesondere im syrischen Nordwesten unter seine Kontrolle, wobei die Organisation faktisch niemals gegen Truppen des Assad-Regimes kämpfte, sondern ausschließlich gegen die Freie Syrische Armee (FSA) und andere Gruppen des Widerstands. IS gelang es hier, an verschiedenen Orten »Emirate« einzurichten. In diesen beseitigte IS die durch die Oppo-

sition eingerichteten Strukturen der zivilen und militärischen Verwaltung und zwang der Bevölkerung eine extrem reaktionäre Form des Islam auf.

Wie wenig IS in der lokalen Bevölkerung verankert war, zeigte sich im Januar 2014, als es FSA-Brigaden trotz ihrer militärischen Unterlegenheit gelang, IS innerhalb eines Monats aus einem Großteil der Provinzen Aleppo, Idlib und Latakia zu vertreiben.

Der militärischen Kampagne waren intensive Kontakte der FSA zur Bevölkerung vorausgegangen, mit dem Ziel, lokale UnterstützerInnen des IS (die oftmals nicht aus ideologischer Überzeugung, sondern aus materiellen Gründen oder auch einfach aus Angst mit den Dschihadisten kooperierten) von der Mehrheit der nicht-syrischen IS-Kämpfer zu trennen. Diese Strategie ging auf, und IS zog sich ostwärts in Richtung Raqqa zurück.

Der IS-Feldzug gegen die syrische Opposition

In der Provinz Raqqa (mit der gleichnamigen Hauptstadt, die im Mai 2013 eingenommen wurde) hat sich IS bis heute festgesetzt. Trotz mutiger Proteste der Bevölkerung scheint die Herrschaft der Islamisten hier bisher stabiler zu sein als im Nordwesten. Auch von Seiten des Assad-Regimes schien IS zunächst nicht viel zu befürchten zu haben. Bei den häufigen Luftangriffen auf die Stadt wurde das IS-Hauptquartier im ehemaligen Gebäude der Provinzverwaltung auffälligerweise bisher verschont; die Opfer waren zumeist ZivilistInnen.

Der Erfolg des IS in Raqqa hängt zum Teil damit zusammen, dass es hier tatsächlich eine gewisse Unterstützung durch regionale Stammesstrukturen gibt. Zwar war Raqqa eine Zeitlang die einzige von der Opposition verwaltete syrische Provinzhauptstadt, doch galt die Provinz lange Zeit als Hochburg der syrischen Baath-Partei von Präsident Baschar al-Assad. Mit einer geschickten Spaltungspolitik war es dem Assad-Regime gelungen, das traditionelle Stammesystem zu schwächen und sich selbst als entscheidenden Machtfaktor zu eta-

blieren. Mit der Erosion des Regimes brachen diese Strukturen weg, und im entstandenen Machtvakuum verbündeten sich die diversen Clans und Stämme zur Sicherung ihrer Interessen mit der Macht, die im jeweiligen Augenblick gerade militärisch die stärkste war.

Es ist daher kein Zufall, dass genau jene Stämme, deren VertreterInnen Baschar al-Assad im August 2011 einen Treueid leisteten, im Oktober 2013 IS öffentlich ihre Unterstützung zusagten. (2) Ebenso wenig ist es ein Zufall, dass gerade jener lokale Clan, der zu den engsten Verbündeten des Assadregimes gehörte (der Bariaj-Clan) und der einen bedeutenden Teil der lokalen Pro-Assad-Milizen stellte, heute in Raqqa zu den wichtigsten Unterstützern des Islamischen Staates gehört.

Von Syrien in den Irak

Vor diesem Hintergrund konnte Raqqa Mitte Juni Ausgangspunkt eines Feldzugs werden, bei dem IS in den Irak eindrang und schließlich Mossul sowie die irakischen Provinzen Ninive, Salahaddin und Anbar eroberte. Das zeitweilige Bündnis von IS und irakischen Baathisten (3), das zum Erfolg des IS im Irak zunächst wesentlich beitrug, scheint sich inzwischen aufgelöst zu haben. Dennoch haben sich den Dschihadisten im Irak offenbar auch viele sunnitische Kämpfer angeschlossen. Sie teilen die radikalen Ansichten der Islamisten zwar nicht, wollen aber gemeinsam mit ihnen gegen die schiitische Maliki-Regierung in Bagdad kämpfen.

Die konfessionelle Spaltung des Irak in ihrer heutigen Form ist eine direkte Folge der Politik der USA nach 2003. Die unter US-Kontrolle stehende provisorische Regierung des Irak war von Anfang an nach ethnisch-konfessionellen Prinzipien organisiert, und die USA setzten zunehmend auf eine Clique von Politikern schiitischer Parteien. Saddam Hussein hatte die schiitische Bevölkerungsmehrheit des Irak unterdrückt, jetzt nutzen einige ihrer Führer die Kooperation mit der Besatzungsmacht dazu, repressiv gegen die sunnitische Minderheit vorzugehen. Ein trauriger Höhepunkt war das Jahr 2006, als

beinahe 35.000 ZivilistInnen bei konfessionellen Kämpfen getötet wurden.

Es ist eine Ironie der Geschichte, dass die IS-Dschihadisten bei ihrem Irak-Feldzug schwere US-Waffen aus Beständen der irakischen Armee, darunter auch Black-Hawk-Hubschrauber und anderes Fluggerät erbeuteten, nachdem die USA der Freien Syrischen Armee seit Jahren die Lieferung schwerer Waffen mit der Begründung verweigern, diese könnten in die Hände radikalislamischer Kräfte fallen. Die Islamisten erbeuteten jedoch nicht nur Waffen, sondern auch 600 Millionen Dollar in verschiedenen Banken in Mossul.

Vermögende Dschihadisten

IS hatte allerdings auch zuvor keine Finanzierungsprobleme. Auf Speichersticks, die die irakische Armee kurz vor dem Sturm des IS auf Mossul sicherstellte, fanden sich unter anderem die vollständigen Finanzdaten der Organisation. (4) Demnach besaß IS ein Vermögen von 875 Millionen Dollar, zusammengeraubt aus dem Verkauf antiker Kunstschätze, aus Lösegeldern, Schutzgelderpressungen und Grenzzöllen. Auch der Verkauf von Öl aus den von IS besetzten Gebieten im Norden und Osten Syriens an das Regime in Damaskus hat Geld in die Kassen der Organisation gespült. Diese Art der Kooperation hatte das Assad-Regime bereits mit al-Nusra betrieben. Nach Schätzungen der syrischen Opposition werden in den von IS kontrollierten Ölfeldern zurzeit etwa 100.000 Barrel gefördert – ausreichend, um den dschihadistischen Kampf noch lange Zeit zu finanzieren.

Die Geschichte der Kooperation zwischen dem Assad-Regime und den Dschihadisten reicht jedoch noch weiter zurück. Das Regime hatte einen wesentlichen Anteil an der Entstehung islamistischer Gruppen wie al-Nusra und IS. Nach dem Einmarsch der USA in den Irak 2003 verfolgte Syrien eine zweiseitige Politik: Einerseits wurden Islamisten im Auftrag der CIA in syrischen Gefängnissen gefoltert, andererseits sorgte das Regime in Damaskus für die Unterstützung und Ausrüstung islamistischer

Gruppen, die im Irak gegen die Besetzung kämpfen sollten. Jene von ihnen, die nach Syrien zurückkehrten, wurden umgehend in das berühmte Sednaya-Gefängnis geworfen, um dann Jahre später, zu Beginn der Revolution im März 2011, plötzlich wieder entlassen zu werden. Genau diese Dschihadisten wurden dann sehr schnell zu Anführern islamistischer Brigaden, darunter solchen der al-Nusra und auch des IS. Zugleich wurden demokratische Aktivisten und dialogbereite Vertreter der Opposition eingekerkert und ermordet. Das Regime, das die Proteste als eine internationale terroristische Verschwörung darstellte, tat also alles dafür, um seine Behauptung Wirklichkeit werden zu lassen.

Auch wenn es nach dem Fall von Mossul zum ersten Mal zu Angriffen der Regimetruppen auf IS-Stützpunkte gekommen ist (sei es, um einen allzu großen Einfluss der Organisation zu verhindern, sei es auf Drängen des Irans), so war es doch das Assad-Regime, das die Entstehung von IS am unmittelbarsten gefördert und das am meisten von dessen Terror gegen die Bevölkerung und die bewaffneten Einheiten der Opposition profitiert hat.

Nachdem IS nicht zuletzt mit Hilfe der im Irak eroberten US-Waffen große Teile der Provinz Deir ez-Zor in seine Gewalt gebracht hat, kontrolliert die Organisation nun bereits 60 Prozent der syrischen Erdölfelder. Anfang August bedrohte IS die kurdische Enklave in Kobane, im Nordirak haben die Dschihadisten einen Großteil der Andersgläubigen und politischen GegnerInnen vertrieben. In Mossul gibt es zum ersten Mal seit 2.000 Jahren keine ChristInnen mehr, und in Sindschar und anderen von Angehörigen der religiösen Minderheit der Yeziden bewohnten Städten haben die Dschihadisten nach Angaben von MenschenrechtlerInnen Massaker verübt.

IS ist aber nicht unbesiegbar. Das haben die Erfahrungen aus Aleppo und Idlib gezeigt, wo es Gruppen der syrischen Opposition gelang, IS zu verjagen. Auch in einigen Orten der Provinz Deir ez-Zor haben lokale Gruppen erfolgreich



Der Schlüssel zum Kampf gegen IS liegt in der Unterstützung der demokratischen Opposition in Syrien.

begonnen, mit Waffengewalt gegen IS vorzugehen. Der Schlüssel zum Kampf gegen IS liegt in der Unterstützung der demokratischen Opposition in Syrien, die sich in einem verzweifelten doppelten Abwehrkampf gegen die Dschihadisten des IS auf der einen, gegen das Assad-Regime und seine Verbündeten auf der anderen Seite befindet. Während die internationale Aufmerksamkeit gerade auf die Eroberungszüge des IS im Nordosten Syriens und im Nordirak gerichtet ist, nehmen Truppen des Assad-Regimes und IS-Einheiten Aleppo in die Zange und drohen, jene zu ermorden, die die Stadt Anfang des Jahres von den Dschihadisten befreiten. Eine breite internationale Kampagne der Solidarität ist dringender denn je – mit Kobane und der yezidischen Bevölkerung von Sindschar ebenso wie mit den Menschen in Raqqa, Aleppo und im Palästinenserlager Yarmouk bei Damaskus, das seit Monaten von syrischen Regimetruppen belagert wird. ●

Harald Etzbach ist Historiker und Politikwissenschaftler und lebt als Übersetzer und Journalist in Berlin.

Zuerst erschienen in ak 596 / 19.8.2014

Anmerkungen:

1) www.huffingtonpost.co.uk/2014/06/18/iraq-crisis-7-facts-isis-annual-report_n_5506255.html

2) Beide Zeremonien sind auf YouTube dokumentiert: www.youtube.com/watch?v=CPgLho--Atg; www.youtube.com/watch?v=q4rfodQz-c.

3) Die irakische Baath-Partei war die Regierungspartei Saddams Husseins; ihre Überreste operieren heute aus dem Untergrund. Die irakische und die syrische Baath-Partei haben ihre Wurzeln beide in der panarabischen Ideologie des Baathismus, der seit Anfang der 1940er Jahre einen säkularen, arabischen Nationalismus und Sozialismus propagierte.

4) www.theguardian.com/world/2014/jun/15/iraq-isis-arrest-jihadists-wealth-power

Die Angst ist groß

Ein Bericht aus Sulaimania, Kurdistan-Irak

Von Karin Mlodoch

Anfang Juni 2014 brachte die al-Qaida-Abspaltung »Islamischer Staat im Irak und der Levante« (ISIL) die nordirakische Groß- und Erdölstadt Mossul und zahlreiche weitere Städte in den Provinzen Ninive, Salahaddin und Baquba/Dyala unter ihre Kontrolle, rief einen Kalifatsstaat aus und nannte sich fortan IS – Islamischer Staat. Seither wüten die schwarz ver mummt en Djihadisten in den eingenommenen Gebieten, installieren Scharia-Gerichte und bedrohen ChristInnen, die nicht zum Islam konvertieren wollen, mit dem Tod.

Der schnelle Vormarsch der Djihadisten im Irak und der kampflose Rückzug der irakischen Armee kamen nicht ganz überraschend: Schon im Januar 2014 hatte die ISIL die Kontrolle in den Städten Falluja und Ramadi in der arabisch-sunnitisch dominierten Provinz Anbar übernommen. Militärische Unterstützung bekamen sie dort von sunnitischen Stammesverbänden und Milizen – von denen einige noch 2007 von den USA aufgerüstet wurden und an deren Seite gegen al-Qaida kämpften – und der sogenannten Naqshbandi-Armee um den ehemaligen zweiten Mann des Baath-Regimes: Izzat al-Duri.

Das Erstarken dieser Allianz und der Zuspriech, den sie aus Teilen der sunnitischen Bevölkerung bekom-

men, sind das erschreckende Ergebnis der jahrelangen ethnisch-religiösen Spaltungspolitik im Irak. Die US-Administration, die heute so vehement eine Regierung der nationalen Einheit fordert, hatte nach der Militärinvasion und dem Sturz des Baath-Regimes 2003 selbst die Trennungslinien zwischen arabisch-sunnitischen, schiitischen und kurdischen Bevölkerungsgruppen zum politischen Organisationsprinzip erhoben: Die US-Übergangsverwaltung CPA unter Paul Bremer bildete eine Übergangsregierung und ein irakisches Parlament nach ethnisch-religiösem Proporz. In den letzten Jahren hatte sich die irakische Regierung unter dem schiitischen Ministerpräsidenten Nuri al-Maliki zunehmend zu einem

autokratischen Regime entwickelt und die systematische Ausgrenzung der arabisch-sunnitischen Bevölkerung auf die Spitze getrieben.

Auch die Konflikte zwischen der al-Maliki-Regierung in Bagdad und der kurdischen Regionalregierung hatten sich in der letzten Zeit zuge-spitzt. Bereits mehrfach drohte der Streit um die umstrittene Stadt Kirkuk und die eigenständige kurdische Erdölförderung in eine militärische Konfrontation umzuschlagen; seit Anfang 2014 blockierte und verzögerte die Regierung in Bagdad die Überweisung von Mitteln aus dem Staatshaushalt in die kurdische Region.

Warnungen vor einer Spaltung

Seit Jahren haben zivilgesellschaftliche, Frauen- und Menschenrechtsgruppen im Irak vor der zunehmenden ethnisch-religiösen Spaltung und Islamisierung der irakischen Gesellschaft gewarnt und eine breite multiethnische Koalition für einen laizistischen demokratischen Staat gefordert. Der Vormarsch der IS-Truppen ist nun eine albraumhafte Bestätigung ihrer Mahnungen. In einem Interview mit dem Radiosender NPR am 1. Juli 2014 brachte Hanna Edgar, Frauenrechtsaktivistin der Al Aal Association in Bagdad, ihr Entsetzen und die Hoffnung auf eine breite gesellschaftliche Koalition gegen die ISIL zum Ausdruck: »No way to ISIS in Irak – no way – no way.«

Aber eine landesweite Koalition gegen den IS blieb aus. Al-Maliki erteilte US- und internationalen Forderungen nach der Beteiligung arabisch-sunnitischer Kräfte an der Regierung eine Absage und setzte stattdessen auf die Hilfe des Iran und des höchsten schiitischen Geistlichen im Irak, Großayatollah al-Sistani, der schiitische junge Männer zum Kampf aufrief. Die kurdische Regionalregierung verweigerte al-Maliki jede Unterstützung und nutzte stattdessen den Zusammenbruch der irakischen Armee, um ihre Kontrolle auf die bisher umstrittenen Gebiete und Städte wie Kirkuk und Khanaqin auszuweiten. Der kurdische Präsident Massud Barzani kündigte ein Referen-



Um IS im Irak das Wasser abzugraben, muss der gesamtirakische politische Prozess wiederbelebt werden.

dum für die staatliche Unabhängigkeit Kurdistans an.

Angesichts der jahrzehntelangen Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung im Irak und der bisherigen Erfolge bei der politischen und ökonomischen Stabilisierung der kurdischen Region erfuhr die kurdisch-nationale Antwort auf den Vormarsch des IS breite Unterstützung in der kurdischen Bevölkerung. Auch auf internationaler Ebene gab es einen plötzlichen Sympathieschub für die kurdische Unabhängigkeit.

Aber es gab auch Dissens innerhalb der kurdischen Parteienlandschaft: Während die Demokratische Partei Kurdistans von Massud Barzani (DPK) für eine Nichteinmischung in die Kämpfe mit dem IS plädierte und an der staatlichen Unabhängigkeit arbeitete, rief die Patriotische Union Kurdistans von Jalal Talabani (PUK) zum Kampf auf und lieferte sich Gefechte mit IS an der Südostgrenze der kurdischen Region; dies allerdings nicht zuletzt auf Druck ihres langjährigen Bündnispartners Iran, der den KurdInnen mit Einmarsch drohte, sollten sie die Regierung al-Maliki weiterhin nicht unterstützen.

Am 3. August 2014 erfuhr der kurdische Höhenflug ein jähes Ende: In wenigen Stunden überrollten IS-Kämpfer die im kurdisch verwalteten Gebiet gelegenen Städte Sinjar und Shangal, Zentren der yezidischen Religionsgemeinschaft. Tausende in der Region stationierte kurdische Peshmerga hatten dem nichts entgegenzusetzen. Hunderte yezidischer Männer wurden grausam ermordet, Hunderte Frauen von den IS-Kämpfern verschleppt. An die 40.000 YezidInnen flohen in Panik in das nahegelegene Sinjar-

Gebirge und harrten dort tagelang in glühender Hitze ohne Wasser und Nahrung aus. Dutzende Kinder verdursteten dort; die Bilder der von der Hitze verbrannten Gesichter der Eingeschlossenen gingen um die Welt.

Indes rückte IS weiter Richtung Erbil vor. Es waren vor allem KämpferInnen der türkisch-kurdischen PKK und der syrisch-kurdischen YPG, denen es gelang, zu den YezidInnen im Sinjar-Gebirge vorzudringen. Kurdistan-Irak schien hingegen wie erstarrt. Es herrschten Schock und Entsetzen, aber auch Häme und parteipolitisches Gezänk über die schwache Kampfmoral der Peshmerga.

Am Morgen des 8. August griffen die USA ein: Die US-Luftangriffe auf IS-Stellungen wurden in Kurdistan-Irak mit großer Erleichterung begrüßt und brachten Bewegung in die Situation: Alle kurdischen Parteien unterstellten ihre Peshmerga-Verbände dem von der Goran-Bewegung geführten Peshmerga-Ministerium. Irakisch-kurdische Peshmerga kämpften nun Seite an Seite mit PKK/YPG-KämpferInnen zwischen Erbil und Mossul gegen die IS-Verbände und werden durch Luftangriffe der US- und der irakischen Armee unterstützt.

Vom unabhängigen kurdischen Staat ist hier zurzeit nicht mehr die Rede. Stattdessen wird nun die herausragende Rolle der KurdInnen bei der Bekämpfung des Terrorismus unterstrichen und die umfassende internationale Unterstützung, die Kurdistan nun angesichts dieser »Speerspitzenrolle« genießt: Tatsächlich sind die bewilligten Waffenlieferungen aus den USA, Frankreich, Großbritannien und der EU ebenso wie finanzielle und humanitäre Hilfe »unterhalb der Waffenlieferungen« wie aus Deutschland für die KurdInnen nicht nur konkrete Unterstützung im Kampf gegen IS, sondern mehr als alle Unabhängigkeitsreferenden Riesenschritte zur Staatlichkeit.

Zweifellos hat zurzeit das Zurückdrängen des IS mit allen Mitteln Priorität, und dabei benötigt die kurdische Regierung jedwede Unterstützung. Ebenso unbestreitbar braucht sie Hilfe bei der Bewälti-

gung der immensen Flüchtlingsströme. An die zwei Millionen Menschen sind zurzeit allein in der kurdischen Region in Bewegung: arabische, kurdische, turkmenische, assyrisch-christliche und yezidische Familien aus dem Nord- und Zentralirak. Die kurdischen Städte platzen aus allen Nähten; an den Stadträndern schießen die Zeltlager aus dem Boden. Mieten, Lebensmittel- und Benzinpreise steigen. Die Angst vor einem Einsickern von IS-Kämpfern mit den Flüchtlingen ist groß. Schon gab es in Sulaimania eine kleine Demonstration für die Begrenzung des Zuzugs von arabischen Familien; ebenso aber auch eine zivilgesellschaftliche Gegeninitiative, die sich solcherart aufkeimendem Rassismus entgegenstellt.

Ein Erfolg gegen den IS ist bislang nicht in Sicht

Der fast ausschließliche Fokus auf Kurdistan auch in der deutschen Mediendebatte verstellt aber den Blick auf die anderen Brennpunkte im Irak. Neben der Front in Mossul gibt es eine zweite im Südosten der kurdischen Region, die an die arabisch-sunnitischen Provinzen Baquba, Salahaddin und Anbar grenzt. Hier wüten die IS-Banden schon seit Januar 2014 derart, dass sich selbst die anfangs mit ihnen verbündeten Ex-Baathisten und viele der arabisch-sunnitischen Stämme inzwischen distanzieren. Zwischen der kurdisch kontrollierten Stadt Khanaqin und der teilweise von IS besetzten 20 Kilometer entfernten Stadt Jawlala kämpfen seit Wochen kurdische Peshmerga Seite an Seite mit der PKK und irakischer Unterstützung gegen die permanenten Vorstöße des IS.

Auch in Bagdad ist die Situation dramatisch. Hier fürchten die Menschen nicht nur den Vormarsch des IS; der Zusammenbruch der irakischen Strukturen und die massive Präsenz schiitischer Milizen in der Stadt haben ein Klima der Rechtlosigkeit geschaffen, das für alle laizistischen, zivilgesellschaftlichen Kräfte sowie Frauen- und MenschenrechtsaktivistInnen eine Bedrohung ist. Das Erstarken des IS hat insgesamt extremistische Positionen gegen Frauen gestärkt. Mit-

te Juli wurden in Bagdad 29 Prostituierte in einem Bordell ermordet; die Täter schrieben an die Wand: »Das ist, was mit Prostituierten passiert«. Es gab keinerlei staatliche oder polizeiliche Reaktion auf die Morde.

Mit der Verbindung aus menschenverachtender Ideologie, grausamer Brutalität, grenzüberschreitenden Aktivitäten (nicht nur in Syrien und Irak, sondern global) und dem Besitz hochmoderner erbeuteter Waffen ist der IS eine Bedrohung für die gesamte Bevölkerung der Region. Mit internationaler Unterstützung können die KurdInnen den IS möglicherweise militärisch zurückschlagen. Um ihnen aber im Irak langfristig das Wasser abzugraben, muss der seit Jahren stagnierende gesamtirakische politische Prozess wiederbelebt werden.

In diesem Kontext sind die aktuellen Veränderungen an der irakischen Staatspitze eine gute Nachricht. Nach langem, krankheitsbedingtem Ausfall des kurdischen Staatspräsidenten Talabani hat nun Fuad Masum, ebenfalls Kurde von der Patriotischen Union Kurdistan, das Amt übernommen. In der Nacht zum 15. August erklärt al-Maliki seinen Verzicht auf eine weitere Amtszeit. Der von seiner Fraktion benannte Nachfolger Haidar al-Abadi, sein langjähriger Berater, markiert eher einen Gesichts- als einen Politikwechsel. Dennoch ist mit al-Malikis Abtritt nun der Weg frei für erneute Verhandlungen zwischen kurdischer Regionalregierung und irakischer Regierung und – so ist zu hoffen – einer gemeinsamen Strategie gegen den Islamischen Staat. ●

Karin Mlodoč ist Psychologin und Gründungsmitglied des Vereins HAUKARI e.V.

Zuerst erschienen in ak 596 /
19.8.2014

HAUKARI e.V. leistet zusammen mit medico international Nothilfe in Zeltlagern in Khanaqin mit überwiegend arabisch-sunnitischen Flüchtlingen, die keine familiäre Unterstützung oder Bürgen in Kurdistan-Irak haben. (www.haukari.de)

Bündnisse von Erzfeinden

Das Spektrum des Islamismus ist sehr heterogen

Von Jean Rokbelle

Zugegeben: Es ist schwer, den Überblick über die unzähligen islamistischen Gruppen zu behalten. Oberflächlich betrachtet, erscheinen sie manchmal so ähnlich, dass vollkommen unterschiedliche Organisationen wie der Islamische Staat (IS), Hizbullah oder Hamas gleichgesetzt werden. Sogar essenzielle Unterschiede der religiösen Ausrichtung, namentlich die Spaltung des Islams in Sunniten und Schiiten werden dabei übersehen. Sicher meist aus reiner Unkenntnis, allerdings verwischen gerade selbst erklärte »IslamkritikerInnen« diese Spaltungen bewusst, um das Bild eines geeinten islamistischen Feindes zu konstruieren, der weltweit nach der Macht greift. Dabei betonen diese selbst den Unterschied, dessen Ursprung im Streit um die Nachfolge des Propheten Mohammeds begründet liegt.

Auch so manche Linken werden vielleicht einwenden, dass eine Differenzierung nicht nötig ist, da alle islamistischen Organisationen antiemanzipatorisch sind. Vielleicht nahmen es deshalb israelsolidarische GegendemonstrantInnen nicht so genau mit der Behauptung, auf den antiisraelischen Protesten am sogenannten Al-Quds-Tag in Berlin hätten sich SalafistInnen mit Flaggen des IS befunden.

Ein Vorwurf, der äußerst unglaubwürdig ist, handelt es sich beim Al-Quds-Tag doch um einen »Feiertag«, der seinen Ursprung in der Islamischen Republik Iran hat. Unter SalafistInnen, SunnitInnen, die eine Gesellschaft nach den Regeln eines Ur-Islam anstreben, wie den AnhängerInnen des IS aber gilt der schiitische Iran momentan als politisch-religiöser Hauptfeind. Die angeblichen IS-Flag-

gen entpuppten sich denn auch als schiitische Fahnen.

Das Spektrum islamistischer Gruppen ist, trotz einiger geteilter Grundüberzeugungen, riesig. Es reicht von der türkischen AKP von Recep Tayyip Erdoğan bis zum salafistisch-jihadistischen IS und weiter zu Organisationen, die vom mystischen Islam des Sufismus inspiriert sind. Häufig trennt diese Strömungen mehr als sie eint. Manche Differenzen sind ideologisch, wie die zwischen der palästinensischen Hamas und dem IS, und manche eher strategisch, wie zwischen dem IS und al-Qaida (AQ). Während der IS extrem antischiitisch ist und sein primäres Ziel in der Errichtung eines Kalifats besteht, versucht AQ aus taktischen Gründen, antischiitische Rhetorik zu vermeiden. Gleichzeitig ist das Kalifat für AQ nur ein langfristiges Ziel, weshalb AQ in Syrien einen blutigen Kampf gegen den IS und dessen »Kalifat« führt, auch wenn sie diesem in der ideologischen Ausrichtung des Salafismus durchaus ähnelt. Ganz im Gegensatz zu anderen islamistischen Organisationen wie der Hamas, die auch nationalistische Ziele verfolgt. Allein die Tatsache, dass im Logo der Hamas die palästinensische Nationalflagge auftaucht, ist für SalafistInnen ein Verstoß gegen die Gebote Gottes. Denn diese sehen SalafistInnen durch die »westliche Ideologie« des Nationalismus gebrochen. Die Ambitionen des IS sind dagegen – getreu dem inoffiziellen Motto: no borders, only fronts! – buchstäblich grenzenlos. Dementsprechend distanziert stehen sich IS und Hamas gegenüber. Zwar wurde im Zuge des jüngsten Konflikts in Israel und dem Gazastreifen die Hamas immer wieder in die Nähe des IS gerückt, tatsächlich aber ging sie in der Vergangenheit hart gegen salafistische Umtriebe vor.

Unter anderem aus dem Nationalismus der Hamas ergibt sich

dann auch, dass sie in Israel ihren Hauptfeind sieht. Anders beim IS, für den JüdInnen nicht mehr oder weniger ungläubig sind als SchiitInnen, ChristInnen oder eben »abtrünnige« Muslime und Muslima, die nicht ihre Weltanschauung teilen. Deshalb ist der IS momentan mehr damit beschäftigt muslimische Konkurrenten im Irak und Syrien auszuschalten, als sich in den Konflikt zwischen der Hamas und Israel einzumischen.

Da zeigt: Islamistische Gruppen sind kein homogener Block mit gleichen Vorstellungen und Zielen. Eine Tatsache, die gerade Linken im Nahen Osten bewusst ist. Sie sind häufig dazu gezwungen, sich in irgendeiner Weise zu den IslamistInnen in ihrer Umgebung zu positionieren. Aus einer zugespitzten Logik des kleineren Übels ergeben sich dabei teilweise kuriose Allianzen. So in Ägypten 2012, als Linke gemeinsam mit SalafistInnen Sit-ins gegen die Militärregierung abhielten. So aber auch im Libanon, wo viele Linke und sogar christliche Gruppen Sympathien für die schiitische Hizbullah entwickelt haben, die sie gegenüber den immer stärker werdenden salafistischen Kräften im Land als Verbündete betrachten.

Wie kritisch man solche Bündnisse auch betrachtet, sie lassen sich nur vor dem Hintergrund verstehen, dass die arabische Linke in lokale Konflikte eingebunden ist. Was von Europa aus betrachtet wie ein Abrücken von linken Standpunkten erscheint, ist für die marginalisierte arabische Linke eine Überlebensstrategie. ●

Jean Rokbelle studierte u.a. in Kairo und Berlin Religions- und Islamwissenschaft und twittert unter @jeanrokabelle zum Thema.

Zuerst erschienen in ak 596 / 19.8.2014

Universalismus mit tödlichen Nebenwirkungen

Islamismus und Salafismus als faschistisch zu bezeichnen, greift zu kurz

Von Jean Rokbelle

Für kurze Zeit schien die nur all zu oft rassistisch aufgeladene deutsche »Islamdebatte« etwas entschärft. Der antimuslimisch motivierte Massenmord des Anders B. Breivik in Norwegen, die zunächst vielversprechenden Proteste im Zuge der arabischen und nordafrikanischen Protestbewegungen und nicht zuletzt die NSU-Mordserie hatten vielen erklärten »IslamkritikerInnen« das Wasser abgegraben. Diese Entwicklung scheint sich momentan umzukehren. Mit dem teils katastrophalen Ausgang des Arabischen Frühlings, einer Diskussion über eine salafistische »Scharia-Polizei« in deutschen Städten und dem unerbittlichen Fortschreiten der dschihadistischen Gruppe Islamischer Staat (IS) in immer mehr Ländern des Nahen Ostens werden die Stimmen der »IslamkritikerInnen« und antimuslimischen RassistInnen wieder lauter.

In diesem Zusammenhang erlebt auch der Begriff des Islamfaschismus (oder auch Islamofaschismus) neue Popularität. Die Medien stellen einen Zusammenhang von Hamas und IS her, und letzterer wird wiederum mit dem Nationalsozialismus verglichen. Die Zeitschrift Cicero fragte auf dem Deckblatt ihrer Juli-Ausgabe beinahe unschuldig: »Ist der Islam böse?« Zuletzt hatte auch der deutsch-ägyptische Autor Hamed Abdel Samad mit seinem Bestseller »Der islamische Faschismus« die Debatte um die Verwandtschaft von Fa-

schismus und Islam befeuert und dafür vom linken Magazin konkret bis zur neurechten Zeitung Junge Freiheit Beifall geerntet.

»Wiedergänger des Faschismus«

Aufgrund einer angeblichen Verwandtschaft von Islam und Faschismus wird eine enge Zusammenarbeit oder zumindest Sympathie zwischen muslimischen AraberInnen und europäischen FaschistInnen unterstellt. So kommt heute kaum eine Diskussion über den Nahostkonflikt und die Geschichte des Islamismus ohne den Verweis auf den »Mufti« von Jerusalem aus, Mohammed Amin al-Husaini. Dieser hatte mit dem Nationalsozialismus kollaboriert, was für viele bereits als Beweis für die Begeisterung der PalästinenserInnen für den Nationalsozialismus gilt. Als weiterer Beleg dient zudem die speziell auf die muslimischen AraberInnen zugeschnittene NS-Propaganda, die in den 1940ern per Zeitungen, Flugblättern und Radioprogrammen im Nahen Osten verbreitet wurde. Wieder andere HistorikerInnen versuchten, der für islamistische Bewegungen äußerst einflussreichen, ägyptischen Muslimbruderschaft Sympathien für die Nazis nachzuweisen, womit zugleich Überschneidungen zwischen faschistischen und islamistischen Ideen belegt werden sollen. Der Islamismus sei der gegenwärtige Wiedergänger des Faschismus, so die VertreterInnen des Islamfaschismus-Begriffs.

All diese Untersuchungen kranken jedoch ausnahmslos daran,

dass sie von HistorikerInnen verfasst wurden, deren Fachgebiet zwar der europäische Faschismus, nicht aber die arabische und islamische Geschichte ist. Da häufig auch die nötigen Sprachkenntnisse fehlen, sind diese Arbeiten durch eine Fixierung auf deutsche und englische Quellen geprägt, während arabische Originalquellen und neuere Forschung unbeachtet bleiben, ebenso die vielen arabischen Stimmen liberaler, islamistischer und kommunistischer FaschismusgegnerInnen. Die NS-Propaganda im Nahen Osten wurde durchaus von vielen AraberInnen kritisch rezipiert.

Mittlerweile haben auf den Nahen Osten spezialisierte HistorikerInnen und IslamwissenschaftlerInnen – etwa Israel Gershoni, Götz Nordbruch oder René Wildangel – einen Großteil der genannten Behauptungen durch die Auswertung arabischer Quellen relativiert oder widerlegt. Demnach stießen besonders die rassistischen Vorstellungen der Nazis bei vielen AraberInnen auf entschiedene Ablehnung. Selbst die Muslimbrüder sahen in Nazi-Deutschland und dem faschistischen Italien die Repräsentanten eines rassistischen, nationalistischen und imperialistischen Angriffs Europas auf den Islam und den gesamten Nahen Osten. Das zeigt Israel Gershoni, der in seinen Arbeiten die Schriften der Gruppe analysierte.

Der von der britischen Mandatsmacht ohne nennenswerte theologische Ausbildung zum Mufti erklärte al-Husaini war zwar ein glühender Antisemit und Nazi-Kol-

laborateur, seine Rolle für die palästinensische Nationalbewegung und den Islamismus wird jedoch stark übertrieben. Ein israelischer Biograph des »Muftis« erklärte, dass dieser nach seinem Tod aus dem öffentlichen Bewusstsein der PalästinenserInnen verschwunden sei – ohne nennenswerte Spuren zu hinterlassen.

Fehlende analytische Trennschärfe

Das größte Defizit des Islamfaschismus-Begriffs ist allerdings, dass er die Vielschichtigkeit des Islamismus übersieht. Die unterschiedlichsten arabischen und muslimischen Organisationen werden nur unter das Schlagwort subsumiert, ganz unabhängig davon, wie viel sie nun mit dem Islam zu tun haben. Angesichts dieser fehlenden analytischen Trennschärfe überrascht es nicht, dass viele der Bücher über den sogenannten Islamfaschismus eher pseudowissenschaftliche Abhandlungen oder politische Streitschriften sind.

Die ideologischen und institutionellen Unterschiede zum Faschismus sind bisweilen eklatant. Für faschistische Bewegungen sind beispielsweise charismatische Führerfiguren charakteristisch. Diese finden sich bei den meisten islamistischen Gruppen nicht. Einen derartigen Kult um einen Menschen würde nicht zuletzt den religiösen Überzeugungen von IslamistInnen widersprechen. So wird gerade unter SalafistInnen eine übersteigerte Fixierung auf eine menschliche Führerfigur als eine Form der Vergöttlichung gesehen und ist damit die wohl schlimmste Sünde, die sich ein Muslim zuschulden kommen lassen kann.

Einer der wichtigsten Unterschiede liegt aber im universalen Anspruch des Islams begründet, der wenig mit dem auf Blut und Boden, Volk oder Rasse beschränkten Faschismus gemein hat. Der Salafismus und ähnliche Formen des Islamismus kennen keine Nation im herkömmlichen Sinn. Die Muslime sind nach dieser Auffassung nämlich weder durch ihre ethnische oder gar »rassische« Herkunft noch durch territoriale Faktoren mitein-



Was verbindet, ist das Bekenntnis zum gemeinsamen Glauben.

ander verbunden, sondern einzig über das gemeinsame Glaubensbekenntnis. Gruppen wie der IS machen sich diese Überzeugung zunutze, wenn sie weltweit um AnhängerInnen werben. Stolz präsentiert der IS in Propagandavideos nicht nur AnhängerInnen aus unterschiedlichsten Herkunftsländern, sondern vereinzelt auch blinde, kleinwüchsige und andere Menschen, die nicht der nichtbehinderten Norm entsprechen.

Diese Diversität gilt als Beweis für die Universalität der islamischen Heilsbotschaft. Alle anderen, also auch diejenigen Muslime, die nicht die salafistische Auffassung vom Islam teilen, werden hingegen als Ungläubige betrachtet. Im Kriegsfall bleibt diesen GegnerInnen des salafistischen Islams im besten Falle die Zahlung einer Schutzsteuer und damit ein Leben als diskriminierte Minderheit, die »Wahl« zwischen der Konversion zum Islam oder als Feind betrachtet und bis auf den Tod bekämpft zu werden. Grundsätzlich aber steht jedem Menschen die Möglichkeit offen, Teil der muslimischen (d.h. salafistischen) Gemeinschaft zu werden – dieser Anspruch der islamistischen Bewegungen ist also universal.

Universalismus bietet Orientierung

Gerade dieser vermeintliche Universalismus übt auf Jugendliche weltweit enorme Anziehungskraft aus. Hierzulande sind es gerade die SalafistInnen, die ihre Predigten auf Deutsch halten und dadurch ein breites Publikum von Muslimen und Muslima mit den unterschiedlichsten Migrationsgeschichten ansprechen, während sich viele in Moscheen, wo auf türkisch gepredigt wird, fremd fühlen.

Das eng strukturierte Weltbild des Salafismus liefert eine dichotome Trennung der Welt in Gut und Böse und bietet so Orientierung, die viele perspektivlose Jugendliche suchen. Gerade dann, wenn sie sich als Opfer gesellschaftlicher Verhältnisse erachten, sei es durch schlechte, schlecht bezahlte oder keine Arbeit oft aber auch durch Ausgrenzungserfahrungen in einer rassistischen

Mehrheitsgesellschaft. Eine Konversion zum salafistischen Islam bietet vor diesem Hintergrund die Umdeutung dieser »Opferrolle«. Auf der »guten Seite« stehen die »rechtgeleiteten« salafistischen Muslime, die der »materialistischen« Welt der Ungläubigen (Kuffar) diametral gegenübergestellt sind, die trotz ihrer Verkommenheit die »Rechtschaffenen« unterdrücken. Diese Opferrolle bietet jedoch die Genugtuung, auf der »richtigen Seite« zu stehen und die Zusicherung auf ultimative Rache an ihren GegnerInnen am »Ende der Zeit«.

Die Komplexität sozialer und politischer Zusammenhänge wird durch ein solches Weltbild enorm reduziert. Durch die Identifizierung mit der islamischen, »guten Seite« und der damit verbundenen Einbindung in einen angeblich göttlichen Heilsplan, wirkt der Salafismus enorm identitätsstiftend und dies nach eigenem Anspruch abseits »materialistischer« und konsumistischer Pfade. All dies hat den Salafismus heute zu einer relativ erfolgreichen Jugendbewegung gemacht und selbst viele Deutsche ohne familiären Bezug zum Islam fühlen sich von der zelebrierten Gemeinschaft salafistischer Gruppen angezogen.

Auch wenn sich schlussendlich durchaus erhebliche Unterschiede zwischen dem Faschismus und den verschiedenen Formen des Islamismus finden lassen, so bedeutet das keinesfalls, dass die islamistischen Bewegungen wie der Salafismus harmlos seien – ganz im Gegenteil. Gerade die Formen des Salafismus zeichnen sich durch Judenhass, Chauvinismus, Militarismus und andere menschenfeindliche Ideologien aus, die häufig mit Faschismus in Verbindung gebracht werden. Daran jedoch eine Wesensverwandtschaft mit dem Faschismus abzulesen, greift angesichts der Unterschiede zu kurz – wie auch immer man diese letzten Endes bewerten mag. ●

Jean Rokbelle *twittert unter @jeanrokbelle zum Thema. Er schrieb in ak 596 über das Spektrum des Islamismus.*

Zuerst erschienen in ak 597/16.9.2014

24 Stunden konzentriert für Allah

Ideologie und Zielgruppe der salafistischen Szene in Deutschland

Von Jean Rokbelle

Das Treiben salafistischer Gruppierungen kommt vielen Menschen mittelalterlich, wenn nicht steinzeitlich vor. SalafistInnen pflegen nicht nur ein längst überholt geglaubtes Menschenbild, militante Gruppen wie der Islamische Staat (IS) praktizieren sogar Körperstrafen und Sklaverei. Dennoch ist der Salafismus ein Phänomen aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. (...)

Aber wo liegen die Wurzeln des Salafismus und seiner militanten Variante, des salafistischen Dschihadismus? Konfrontiert mit einem in ökonomischer, technologischer und militärischer Hinsicht geradezu übermächtig erscheinenden Westen setzte im 19. Jahrhundert in vielen islamischen Ländern eine Debatte über die »Schwäche« der MuslimInnen ein. Auf der einen Seite sah man sich im Gegensatz zum »christlichen Westen« als die BesitzerInnen und AnhängerInnen von Gottes letzter und unverfälschter Offenbarung. Auf der anderen Seite war man jedoch mit Fremdherrschaft und der Dominanz durch die mächtigen westlichen Staaten konfrontiert.

Als Antwort auf diesen Widerspruch konkurrierten unterschiedliche Deutungen. Während viele MuslimInnen eine Modernisierung nach dem Vorbild westlicher Staaten forderten, sahen andere die Lösung in der Rückkehr zu einer angeblich unverfälschten Form des Islams. Aus dieser zweiten Krisendeutung entwickelte sich der Islamismus, der in seiner Geschichte wiederum viele unterschiedliche Strömungen hervorbrachte. Den

Grund für die »Rückständigkeit« der islamischen Welt gegenüber den modernen westlichen Staaten suchten viele IslamistInnen nicht in sozioökonomischen Faktoren, sondern in einer geradezu kollektiven Abkehr vom wahren Islam. (...)

Rückkehr zur »goldenen Frühzeit« des Islams

Als idealisiertes Gegenbild dient vor allem im Salafismus die angeblich »goldene Frühzeit« des Islams, also die Zeit des Propheten und seiner GefährtInnen, der Salaf as-Salih (zu deutsch etwa »die frommen Altvorderen«), nach denen diese Strömung auch benannt ist. Im Unterschied zur kläglichen Gegenwart sei die muslimische Gemeinschaft damals mächtig gewesen – ein Zustand, der durch die Rückbesinnung wiederhergestellt werden soll.

SalafistInnen streben eine Gemeinschaft an, die in jeder Hinsicht nach dem Vorbild der idealisierten frühislamischen Gemeinde eingerichtet ist. Die Moderne soll nicht wie bei manch anderer islamistischen Strömung mit dem Islam vereinbart werden, sondern wird – mit Ausnahme ihrer technologischen Errungenschaften – abgelehnt. Sozialismus, Demokratie und Menschenrechte gelten als gottlose Ideologien, denen der Salafismus eine Gemeinschaft im Rahmen der Scharia entgegenstellt.

Das islamische Recht, aus dem Koran und den Überlieferungen über das Wirken des Propheten und seiner Gemeinde abgeleitet, gilt als ultimative Richtschnur und Handlungsmaxime. Dies betrifft oft selbst das äußere Erscheinungsbild der Gläubigen. Viele Salafisten lassen sich einen faustlangen Bart wachsen, bei dem nur die Haare auf der Oberlippe rasiert sind, tragen knöchellange Ge-

wänder und lederne Socken oder putzen sich die Zähne mit einem Wurzelstöckchen. Frauen tragen häufig lange, schwarze Kopftücher, Gewänder und vermehrt auch den Gesichtsschleier (Niqab).

Über die Einhaltung der Sitten soll eine »Religionspolizei« wachen. Gerade in den chaotischen Verhältnissen von Bürgerkriegsgebieten treten salafistische Gruppen dadurch auch als Ordnungsmacht auf. (...) Abweichungen von der Schariaauslegung der SalafistInnen fallen in den Bereich des Ungehorsams gegen Gott und sind letzten Endes Manifestationen des Unglaubens. Das betrifft vor allem andere Menschen muslimischen Glaubens, weshalb SalafistInnen sich von ungläubigen Feinden geradezu umzingelt sehen. Das Ergebnis ist eine extreme Schwarz-Weiß-Zeichnung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Der Salafismus lebt von dieser strikten und umfassenden Trennung der Welt in Gut und Böse, Gläubig und Ungläubig. (...)

Als Krisendeutung mit einfachen Antworten konnte der Salafismus weltweit eine beachtliche Zahl AnhängerInnen gewinnen. Diese haben ihrerseits verschiedene Strategien entwickelt, ihre Vorstellungen durchzusetzen. Manche wollen die Gesellschaft von unten konservativ reformieren, andere versuchen am politischen System teilzuhaben, wieder andere wählen den Weg der Militanz – oder wie sie es nennen: den Dschihad.

AnhängerInnen der letztgenannten Variante haben in den vergangenen Monaten besondere Prominenz erlangt. So sollen seit 2012 zwischen 450 und 1.800 DschihadistInnen aus Deutschland nach Syrien und in den Irak ausgewandert sein. (1) Eine Zauberformel zur Erklärung des Phäno-

mens gibt es nicht. Blickt man auf Deutschland, ergeben sich dennoch Muster. So will das Bundesamt für Verfassungsschutz in einer Studie, bei der die Biografien von 378 ins syrische Kriegsgebiet ausgereisten SalafistInnen ausgewertet wurden, herausgefunden haben, dass nur jedeR vierte Dschihad-TouristIn einen Schulabschluss hat. Eine abgeschlossene Ausbildung können lediglich sechs Prozent vorweisen. Die Anzahl derjenigen, die vor ihrer Ausreise bereits mit Drogen-, Eigentums- oder Gewaltdelikten aufgefallen sind, ist dagegen wesentlich höher. Viele DschihadistInnen stammen zudem aus problematischen Familienverhältnissen. ExpertInnen weisen darauf hin, dass überdurchschnittlich viele IS-KämpferInnen aus Europa ohne Vater aufgewachsen sind. Zudem handelt es sich bei den NachwuchsdschihadistInnen keineswegs nur um »gebürtige« MuslimInnen. Auch viele Konvertierte haben sich dem Dschihad in Syrien angeschlossen. Rassistische Ausgrenzungserfahrungen sind daher nur ein Faktor unter vielen.

Übergreifend spielt aber ein Gefühl der »Fremdheit« eine Rolle, ein Motiv, das im Salafismus unter dem Begriff »ghurba« bekannt ist. In der Entfremdung gegenüber der Gesellschaft treffen sich ausgegrenzte MigrantInnen, SozialhilfeempfängerInnen, Konvertierte aus schwierigen Familienverhältnissen und andere, die sich von der Gesellschaft ausgeschlossen fühlen. (...)

Gelockt werden sie mit der Aussicht, ihren unterdrückten »muslimischen Geschwistern« im Kampf gegen die »Ungläubigen« beistehen zu können. Im Gegensatz zur oft recht trostlosen Perspektive für SchulabbrecherInnen und Kleinkriminelle in ihren deutschen Herkunftsorten sehen junge SalafistInnen auf den Schlachtfeldern im Nahen Osten die Möglichkeit, HeldInnen zu werden, Beute zu machen und für Schlagzeilen zu sorgen.

Eine deutsche Dschihad-Bluggerin mit dem Namen Muhajira (»die Ausgewanderte«) etwa schwärmt von ihrer neuen Heimat im Kriegsgebiet. Hier sei man frei und nicht gefangen in einer wertlosen und »zugemüllten« Welt. Muhajira wei-

ter: »Wo auch immer der Mensch lebt, immer ist er Gesetzen und Befehlen untergeordnet. Im Land der Kuffar (»Ungläubigen«, Anm. JR) unterliegst du deren Gesetzesbüchern und machst, was dein Chef dir in der Arbeit sagt, wenn du nicht grad irgendwelche Hartz IV Formulare ausfüllst und mit den Ämtern kämpfen musst.« (...) Statt in der Fabrik oder im Büro arbeite man im syrischen Kriegsgebiet »24 Stunden konzentriert für Allah«.

Politische Fallstricke im Kampf gegen IS

Was können Linke gegen diese reaktionäre soziale Bewegung tun? Die Frage dürfte wesentlich schwerer zu beantworten zu sein als die danach, was man nicht tun sollte. Auf der einen Seite besteht die Gefahr, den Salafismus zu verharmlosen, auf der anderen Seite schießen auch viele Linke über das Ziel hinaus und reden antimuslimischen RassistInnen das Wort. So nachvollziehbar der Schrecken über die Glaubensinhalte und Praktiken des Salafismus ist, so wichtig ist es, das Phänomen richtig einzuordnen.

Auch wenn es verharmlosend klingt: Selbst die Brutalität des IS sticht im Vergleich mit vielen anderen Bürgerkriegsfraktionen im Irak und Syrien nicht sonderlich heraus. Dennoch ist die Aufregung mittlerweile so groß, dass in linken Zusammenhängen darüber debattiert wird, ob der religiöse Fundamentalismus nicht eine größere Gefahr für die Gesellschaft ist als rechte und rechtsextreme Tendenzen. So stellt eine Antifa-Gruppe aus dem Ruhrgebiet angesichts salafistischer Umtriebe in Deutschland die Frage, inwiefern eine »Fokussierung auf deutsche Nazis überhaupt noch Sinn macht«. Dabei zeigen die Mobilisierungen der rechtsextremen »Hooligans gegen Salafisten«, dass der antimuslimische Rassismus das Potenzial hat, in kurzer Zeit Massen auf die Straße zu bringen. Sympathien für rassistische und antimuslimische Argumente reichen bis tief ins bürgerliche Lager und in die etablierten Parteien hinein.

Dagegen stehen deutsche SalafistInnen keineswegs vor einer »Machtübernahme«. Sie sind nicht in Partei-

en organisiert, entscheiden nicht über Zuwanderungsbegrenzungen oder Kürzungen des Sozialstaats und haben hierzulande (...) kaum Mittel, ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen durchzusetzen. Der Grund ist einfach: Der Salafismus ist eine Sache von »underdogs«.

Am heftigsten wird der Salafismus ohnehin von staatlicher Seite bekämpft. Am 12. November gab es eine Razzia gegen Dutzende IslamistInnen in Nordrhein-Westfalen, die die Ausreise von IS-AnhängerInnen ins syrische Kriegsgebiet organisiert haben sollen. Auch mit Abschiebungen, Versammlungs- und Vereinsverboten und Deradikalisierungsprogrammen geht der Staat gegen die Salafistenszene vor. Linke werfen den Strafverfolgungsbehörden immer wieder vor, auf dem rechten Auge blind zu sein. Für den Kampf gegen den Salafismus gilt das sicher nicht. Hier nutzen die Behörden die Angst vor dem religiösen Fundamentalismus eher dazu, den Überwachungsapparat und repressive Kontrollmaßnahmen auszubauen.

In der berechtigten Gegnerschaft zum Salafismus finden sich Linke also auf einer Seite mit dem Staat und sämtlichen gesellschaftlichen Strömungen wieder. Dem Opfermythos (»Wir gegen den Rest der Welt!«) der SalafistInnen kommt dies gerade recht. ●

Jean Rokbelle schrieb in ak 597 über den schwierigen Vergleich zwischen Salafismus und Faschismus.

Leicht gekürzt, zuerst erschienen in ak 599 / 18.11.2014

Anmerkung:

1) Die höhere Zahl von 1.800 Ausgereisten tauchte Ende Oktober in einem Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (FAS) auf. »Wir müssen die offiziellen Angaben mit dem Faktor vier multiplizieren, um eine realistische Zahl zu erhalten«, erklärte dort ein nicht namentlich genannter Verfassungsschutzschützer, der im selben Atemzug über Personalmangel klagte, weil »wegen des NSU-Skandals viele Kollegen in den Verfassungsschutzämtern in den Bereich Rechtsextremismus umgesetzt« worden seien (FAS). Die hohe Zahl dürfte also mindestens personalpolitisch motiviert sein. Dennoch dürfte es neben den 450 Ausgereisten, von denen beim Verfassungsschutz bislang die Rede war, eine hohe Dunkelziffer nicht entdeckter Ausreisen geben.

Kurdistan, PKK und linke Solidarität

Umzingeltes Kobanê

Im Kampf um die westkurdische Stadt entscheidet sich nicht nur die Zukunft Rojavas, sondern auch der Friedensprozess in der Türkei

Von Thomas Schmidinger,
10. Oktober 2014

Kobanê, der kleinste der drei kurdischen Kantone, ist zugleich auch der ärmste und isolierteste Teil Syrisch-Kurdistans (Rojava). Bis nach dem Ersten Weltkrieg existierte hier keine einzige permanente Siedlung. Kobanê war nur der südliche Ausläufer einer Region, in der kurdische NomadInnen überwiegend im Winter von den höher gelegenen Regionen Kurdistans mit ihren Tieren herabstiegen. Die Region wurde von der Stammeskonföderation der Barazi dominiert, der sowohl kurdische als auch arabische Stämme angehörten.

Verwaltungstechnisch gehörte die spärlich besiedelte Gegend zum Sandjak Urfa innerhalb des Vilâyet Aleppo. Die nächstgelegene kleinstädtische Siedlung war das heute in der Türkei liegende Suruç (Serugh), eine ehemals christlich-aramäisch geprägte Stadt in der am Übergang vom 5. zum 6. Jahrhundert der syrisch-orthodoxe heilige Jakob von Serugh (Mor Yakub) wirkte. Das heute zu Syrien gehörende Hinterland war hingegen Nomadenland.

Politisch und wirtschaftlich vernachlässigt, konnten hier auch die traditionellen kurdischen Parteien

Syriens, die alle aus der 1957 gegründeten Kurdischen Demokratischen Partei Syriens hervorgingen, nie Fuß fassen. Das politische Vakuum in Kobanê füllte dann in den 1980er Jahren die PKK, deren Schwesterpartei PYD bis heute in der Heimatstadt des PYD-Parteivorsitzendem Salih Muslim ihre Hochburg hat. Auch dies erhöht die symbolische Bedeutung der Stadt für die von der PYD kontrollierte autonome Verwaltung von Rojava.

Im Sommer 2012 ermöglichte der weitgehende Rückzug der syrischen Armee aus den Kurdengebieten die Machtübernahme der PYD, die hier Selbstverwaltungsstrukturen aufbaute. Auch wenn die PYD/PKK die Verwaltungspraxis in Rojava gelegentlich als Beispiel für den von ihr propagierten »Demokratischen Föderalismus« anpreist, so stellt die Praxis vor Ort eher eine militärische Notverwaltung dar. De facto hat die PYD die Verteilung wichtiger Grundversorgungsgüter organisiert und monopolisiert. Ökonomisch bildet das System in Rojava derzeit keine Alternative zum Kapitalismus. PYD-Vorsitzende Asya Abdullah schilderte in einem Interview, dass zwar zur Bildung von Kooperativen ermuntert werde, die PYD allerdings auch das Recht auf Privateigentum verteidigen und dieses nicht antasten werde. Der parteiunabhängige Premierminis-

ter des Nachbarkantons Cizîrê gehört zu den reichsten Unternehmern und Landbesitzern Syriens. Die PYD ist in der aktuellen Situation darauf angewiesen, mit der kurdischen Oligarchie ein Zweckbündnis zu schließen.

Ohnehin blieb das Projekt der Selbstverwaltung innerkurdisch umstritten. Die meisten anderen kurdischen Parteien beteiligten sich nicht an der Ausrufung der Autonomen Kantone im Januar 2014 und weigerten sich, in die Regierungen einzutreten. Scharfe Kritik an der PYD und ihrem autoritären Führungsstil kam nicht nur von einer neu fusionierten Schwesterpartei der irakischen PDK Masud Barzanis, sondern auch von anderen kurdischen Parteien, die der PYD eine Kooperation mit dem Regime in Damaskus vorwarfen.

Der Beginn der kurdischen Selbstverwaltung


Erst der gemeinsame Feind des IS führt nun zu einem Zusammenrücken der verfeindeten kurdischen Parteien. Wie schon im August im Irak droht unter den Augen der Weltöffentlichkeit erneut ein lange angekündigter Genozid. Dabei ist klar, dass die Terrorbanden des IS nicht mit einigen kosmetischen Luftangriffen aufzuhalten sind.

Im Juli war es den von der PKK und ihrer syrisch-kurdischen

Schwesterpartei PYD gegründeten kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG und den Frauenverteidigungseinheiten YPJ noch gelungen, die Angriffe auf den kurdischen Kanton abzuwehren. Nun kämpfen die kurdischen Einheiten bis zur letzten Frau und bis zum letzten Mann. Vor einigen Tagen wurde angeordnet, dass sie ihre letzte Kugel für sich selbst verwenden können. Nach den Vergewaltigungen von Frauen und den Köpfungen gefangener KämpferInnen will niemand lebend dem IS in die Hände fallen. Neben der YPG und YPJ befinden sich allerdings immer noch Tausende ZivilistInnen in der Stadt, unter ihnen laut den kurdischen VerteidigerInnen viele alte Menschen, die ihre Häuser nicht verlassen wollen. Auch wenn YPG- und YPJ-Einheiten immer wieder ZivilistInnen aus umkämpften Gebieten evakuieren, sitzen diese Menschen in der Falle.

Doppeltes Spiel der Türkei

Die Türkei spielt in dem Konflikt ein doppeltes Spiel. Einerseits nahm sie in den letzten Wochen Zehntausende Flüchtlinge auf. Andererseits hat die Türkei seit Monaten weggeschoben, wenn Kämpfer und Waffen über ihr Gebiet zum IS transportiert wurden oder verwundete Kämpfer des IS in türkischen Krankenhäusern wieder zusammengeflickt wurden. Während die Grenzen zu den kurdischen Gebieten sofort nach der Übernahme der Gebiete durch die KurdInnen 2012 geschlossen wurden, blieben jene zum IS offen. Und während Mitglieder des IS ungehindert unter den Augen türkischer Soldaten die türkisch-syrische Grenze passieren konnten, werden KurdInnen, die die Reihen der VerteidigerInnen verstärken wollen, aufgehalten. So sollen in der Nacht vom 7. auf den 8. Oktober laut Angaben des türkischen Generalstabs »fünf Mitglieder der seperatistischen Terrororganisation PYD mit drei Kalashnikows gefasst« worden sein. Der Schweizer Journalist Kurt Pelda, der bis kurz vor den Straßenkämpfen Anfang Oktober als einziger westlicher Journalist in Kobanê war, postete am 8. Oktober zudem auf Facebook, dass 200 KurdInnen aus dem Kanton von türkischen Si-


Viele Kader der PKK haben schon erklärt, dass für sie der Friedensprozess beendet ist.

cherheitskräften verhaftet worden seien, darunter sein Übersetzer. Ihnen werde die Unterstützung der YPG vorgeworfen.

Aber nicht nur die Türkei misst mit zweierlei Maß: Während sich die PKK auch noch in der jüngsten Fassung der »Liste von Personen, Vereinigungen und Körperschaften zur Bekämpfung des Terrorismus« des EU-Ministerrates vom 22. Juli 2014 befindet, fehlt vom IS dort jede Spur.

Nicht nur die US-Politik gegenüber den KurdInnen, sondern auch jene der EU scheint maßgeblich in Ankara betrieben zu werden. Dabei hatte erst jüngst US-Vizepräsident Joe Biden öffentlich erklärt, dass das größte Problem der USA in der Region ihre eigenen Verbündeten seien. Gemeint hatte er damit neben Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten die Türkei. Konsequenzen werden daraus allerdings keine gezogen.

Die PKK wirft der Türkei sogar eine direkte Zusammenarbeit mit dem IS vor. Dies scheint auch den Friedensprozess in der Türkei zu beenden. Allein am 7. und in der Nacht auf den 8. Oktober gab es mindestens zwölf Tote bei Protesten und Straßenkämpfen in der Türkei. Seitdem klettert die Zahl der Toten weiter in die Höhe. Unter ihnen sind neben kurdischen DemonstrantInnen aber auch Polizisten und Anhänger islamistischer Gruppen. So kam es in Amed (Diarybakir) und Batman zu Schießereien zwischen Anhängern der aus der kurdischen Hisbollah (nicht zu verwechseln mit der schiitischen Hisbollah im Libanon) hervorgegangenen Hüda Par und Mitgliedern der PKK-Jugendorganisation YDG-H (Patriotische Revolutionäre Jugendbewegung). Die islamistische türkisch-kurdische

Hisbollah war in den 1990er Jahren am Terror gegen die kurdische Bewegung beteiligt, Mitglieder der Hüda Par gehen auch jetzt gewaltsam gegen kurdische DemonstrantInnen vor.

Zwar hatte sich die Hüda Par vom IS distanziert, viele Jugendliche aus der PKK-Basis machen sie aber mit für die militärischen Attacken auf die Kurdengebiete verantwortlich. Bei Angriffen auf Parteibüros der Hüda Par kamen auch Mitglieder dieser kurdisch-sunnitischen Islamistenpartei ums Leben. Umgekehrt schossen auch Hüda-Par-Mitglieder auf AktivistInnen der YDG-H. Derzeit droht die Situation in einigen Regionen Türkisch-Kurdistans weiter zu eskalieren. In den Provinzen Diarybakir, Mardin, Siirt und Van wurde eine Ausgangssperre verhängt, die türkische Polizei hat zahlreiche Menschen verhaftet.

Es ist derzeit sehr wahrscheinlich, dass die PKK auch offiziell ihren bewaffneten Kampf gegen die Türkei wieder aufnehmen wird. Noch warten alle auf eine klare Aussage des weiterhin in türkischer Haft befindlichen PKK-Führers Abdullah Öcalan. Viele Kader der PKK haben allerdings schon erklärt, dass für sie der Friedensprozess beendet ist. Damit hat sich der Konflikt in Syrien weiter regionalisiert, auch eine Auflösung der Grenze, wie zwischen Irak und Syrien geschehen, könnte der Türkei also bevorstehen. ●

Thomas Schmidinger ist Lektor für Politikwissenschaft an der Universität Wien, sein Buch »Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan« erschien soeben im Mandelbaum Verlag, Wien.

Zuerst erschienen in ak 598 / 14.10.2014

Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan

Auf 264 Seiten zeichnet Thomas Schmidinger die Geschichte Rojavas (Westkurdistans) nach und untersucht die Selbstverwaltung, die sich dort seit 2012 entwickelt hat. In zahlreichen Interviews mit PolitikerInnen und AktivistInnen sozialer Bewegungen lässt er die Menschen in Rojava selbst zu Wort kommen. Sein Buch gibt einen Einblick in eine Region zwischen Revolution und Bürgerkrieg. ak bietet es (bei Abschluss eines Jahresabos) zurzeit als Abopremie an.

Geringschätzung und falsche Analysen

Eine Replik auf den Artikel »Umzingeltes Kobanê« von Thomas Schmidinger

Von Ercan Ayboga

Thomas Schmidinger analysiert in seinem Artikel in ak 598 die laufenden Kämpfe in und um Kobanê zwischen dem terroristischen Islamischen Staat (IS) und den YPG und YPJ, welche die Verteidigung der Region Kobanê und ganz Rojavas (Westkurdistan) durchführen, und die Selbstverwaltung in Rojava. An mehreren Stellen in dem Artikel sind unvollständige Informationen, Bewertungen, welche die Errungenschaften in Rojava gering schätzen, und einfach falsche Analysen. Zu diesen nehme ich Stellung als eine Person, die sich im Mai 2014 mit zwei weiteren AktivistInnen der Tatort Kurdistan Kampagne in der Region Cizîre aufhielt und die sich intensiv mit Rojava auseinandersetzt.

1) Im Juli 2012 haben die KurdInnen Rojava sukzessiv befreit, nachdem sich das Baath-Regime zurückzog. Diese Befreiung – der Beginn der Revolution – erfolgte durch Volksaufstände gegen die Staatskräfte, die zuvor in ganz Syrien geschwächt waren. Die KurdInnen haben den

richtigen Zeitpunkt für die Befreiung genutzt und paktieren nicht mit dem syrischen Staat. Sie gehen den sogenannten dritten Weg und nutzen den erkämpften Freiraum für eine neue Gesellschaftsform.

2) Die Macht in Rojava wurde nicht von der PYD übernommen, sondern vom Volksrat Westkurdistan (MGRK), welcher von der PYD sowie von drei weiteren kurdischen Parteien ab Frühjahr 2011 aufgebaut wurde. Der MGRK ist ein Räte-System, das neben den gewählten Delegierten allen beteiligten politischen Parteien die gleiche Zahl von Sitzen in den entsprechenden Räteebenen gibt. Die YPG sind deren militärischer Arm. In der Konsequenz wird Rojava durch den MGRK und dessen Einrichtungen und Kommissionen regiert. Hier engagieren sich tausende Menschen, die kaum Mitglieder der PYD sind. Es ist keine militärische Notverwaltung, auch wenn es viele Engpässe gibt.

Auch wenn die PYD in der Bevölkerung von Rojava mit Abstand die größte Partei ist, kann nicht von »der Herrschaft der PYD« gesprochen werden. Ihr ist hoch anzurechnen, dass sie 2011 entschieden hat, ein Räte-System aufzubauen, wel-

ches eine hohe politische Partizipation von Menschen ermöglicht. Sie bringt entscheidend die größte Demokratie und Partizipation unter allen politischen Parteien in Rojava und auch in Syrien voran. Insofern ist es abwertend zu sagen, die PYD hätte einen »autoritären Führungsstil«. Vielmehr muss von einer Revolution gesprochen werden, wofür es mehrere Gründe gibt:

a) Im Räte-System kann die gesamte Bevölkerung sich in die Entscheidungsprozesse ohne Hemmnisse und ständig einbringen (die Mehrheit tut es). Es gibt sogar auf der untersten Ebene sogenannte Kommunen, die aus 30 bis 150 Haushalten bestehen und das gesamte Leben in ihren Straßen organisieren. Zehn- bis hunderttausende Menschen sind direkt politisch engagiert, was eine unglaublich große Entfaltung und Emanzipation mit sich bringt.

b) Die Geschlechterbefreiung schreitet schnell voran. Die Geschlechterfrage dominiert alle politischen Strukturen und immer mehr die Gesellschaft, inkl. der Wirtschaft mittels Frauenkooperativen. Die patriarchalen Strukturen werden ernsthaft und ohne Kompromisse bekämpft.

c) Die Wirtschaft wird immer solida-

rischer. Die Ausbeutung der Menschen ist sehr eingeschränkt, große Klassenunterschiede gibt es kaum bzw. sie werden langsam reduziert. d) Alle Ethnien und Religionen können sich in der demokratischen Selbstverwaltung wiederfinden. Kein Mensch wird wegen seiner Identität, Herkunft und sonstigen Eigenschaften unterdrückt. Der Nationalstaat wird abgelehnt. Das ist einmalig im Mittleren Osten. Es wird nichts idealisiert, aber die riesigen demokratischen Fortschritte müssen gesehen und anerkannt werden.

3) Das wirtschaftliche System entwickelt sich langsam zu einer Alternative zum Kapitalismus. Es als »keine Alternative zum Kapitalismus« zu bezeichnen, ist zu kurz gedacht und verkennt vieles. Die Kooperativen funktionieren gut, haben im Jahr 2014 sehr an Fahrt gewonnen und werden in mehreren Wirtschaftsbereichen (Mehlprodukte, Käseprodukte, Textilprodukte, landwirtschaftliche Erzeugnisse etc.) langsam nennenswert. In Rojava gibt es keine privaten Großbetriebe; so gibt es fast keine privaten Unternehmen mit mehr als 15 bis 20 Lohnabhängigen. Die wenigen GroßunternehmerInnen wandern traditionell nach Aleppo etc. ab oder sind mit dem syrischen Bürgerkrieg geflohen.

4) Die Großgrundbesitzer in Rojava haben nicht mehr als 20 Prozent des Landes in ihrer Hand. Das ist nicht wenig, aber aus Sicht der Landwirtschaft auch nicht sehr monopolhaft. Es gibt viele Kleinbauern und -bäuerinnen, die Dörfer sind gut bevölkert. Die kurdische Oligarchie ist also nicht sehr ausschlaggebend in der politischen Landschaft. Auch steht nicht in dem Artikel, dass mehrere tausend Hektar zuvor staatliches Land kostenlos an die Ärmsten vergeben wurden.

Selbst die notwendigen Geräte und Maschinen wurden vom MGRK kostenlos bereitgestellt. Die NutzerInnen müssen lediglich nach einem Jahr eine Steuer von 15 Prozent auf ihren Umsatz zahlen. Viele dieser neuen LandbesitzerInnen bearbeiten ihr Land in Kooperativen. Die

Die KurdInnen gehen den dritten Weg für eine neue Gesellschaftsform.

ungerechte Landverteilung ist dem MGRK bewusst. Aus diversen und verständlichen Gründen (Krieg, Embargo, Bewusstsein in der Gesellschaft etc.) wird diese Frage zunächst hintenan gestellt. Gewisse gesellschaftliche Prozesse müssen vorbereitet werden.

5) Als im Januar 2014 nach drei Monaten Diskussion durch 50 politische Parteien und Organisationen (einschließlich dem MGRK) in der Region Cizîre der Gesellschaftsvertrag angenommen und die demokratische Autonomie ausgerufen wurde, haben sich drei Parteien vom rechtsliberalen kurdischen Parteienbündnis ENKS (Kurdischer Nationalrat in Syrien) losgesagt. Sie beteiligten sich sogleich an der neuen ausgerufenen Übergangsregierung – somit an der demokratischen Selbstverwaltung.

Zum Beispiel kommt Salih Gedo von der Demokratischen Linken Kurdischen Partei und ist Außenminister des Kantons Cizîre geworden. Die Hälfte der kurdischen Parteien

von Rojava nehmen heute an der Übergangsregierung teil. Insofern stimmt die Aussage nicht, die meisten kurdischen Parteien würden sich ablehnend verhalten. Wir selbst haben mit mehreren Ministern, die nicht der PYD angehören, längere Gespräche geführt. Wir konnten offen und kritisch mit ihnen reden. Es kam in keinsten Weise hervor, dass sie sich durch die PYD unter Druck gesetzt fühlen.

Im Artikel wird außerdem unter schlagen, dass auch die größte Partei der Assyrer (Aramäer) – die Suryani-Einheitspartei in Syrien (mindestens genauso groß wie die vier anderen assyrischen Parteien zusammen) – sowie viele AraberInnen, ArmenierInnen, TurkmenInnen und andere ethnisch-religiöse Gruppen die demokratische Selbstverwaltung unterstützen. ●

Ercan Ayboga ist aktiv bei der Kampagne Tatort Kurdistan.

Der komplette Text findet sich unter ercanayboga.blogspot.co.at.

Auszug aus der Replik von Thomas Schmidinger

Der Volksrat steht in einem Verhältnis zur PYD wie die Sowjets zur KPdSU. Das sind Vorfeldorganisationen der PYD, die natürlich auch Unabhängige und einige Kleinstparteien ... einbinden, aber keine der nennenswerten Oppositionsparteien ... Im Konfliktfall hat auch hier (wie in der Sowjetunion) die Partei und nicht der Rat das Sagen. Wenn die Volksräte eine Bodenreform durchsetzen wollen, warum machen sie dann einen der reichsten syrischen Unternehmer und Großgrundbesitzer – der weder blöd noch unsympathisch ist – zum Premierminister des Kantons Cizîre? Diese Kooperativen spielen bisher wirtschaftlich kaum eine Rolle. Das ist auch kein Wunder, weil in so einer Situation eben nur eine ökonomische Notverwaltung des Gebiets möglich ist. Das alles ändert nichts daran, dass ich diese Notverwaltung als wesentlich bessere Alternative als alles andere rundherum unterstütze, wie du ja ohnehin weißt. Allerdings halte ich es für absurd, solche rosigen Propagandabilder zu zeichnen, die die innerkurdischen Konflikte und Schwierigkeiten einfach wegzureden versuchen. ... Und was mich an solchen Hymnen auch stört, ist, dass sie verkennen, dass auch unter der PYD die Menschenrechtslage alles andere als okay ist. Sie ist selbstverständlich besser als in vielen anderen Para-Staaten Syriens. Aber lies dir mal den HWR-Bericht zu Rojava durch. (...) In Amûdê haben mir Opfer der Ereignisse vom Juni 2013 die Spuren der Folter (Zigaretten, die am Körper ausgedrückt wurden, ausgeschlagene Zähne) gezeigt, die ihnen von PYDlerInnen zugefügt wurden. Ich fokussiere derzeit nicht auf solche Themen, auch nicht im genannten ak-Artikel, allerdings sind solche Menschenrechtsverletzungen einer der Gründe, warum ich gegen solche jegliche Kritik verbietenden Lobgesänge etwas allergisch bin.

→ Quelle: Facebook

Wir juchzen nicht, wenn IS-Kämpfer sterben

Sara Mîrkan (Perspektive Kurdistan) über die Solidarität mit der kurdischen Bewegung in Zeiten des Krieges

Interview: Jan Ole Arps

Seit Beginn der Angriffe des »Islamischen Staates« (IS/ISIS) auf die nordsyrische Stadt Kobanê ist zumindest im deutschsprachigen Facebook die Seite von Perspektive Kurdistan (www.facebook.com/perspektive-kurdistan) zu einer der wichtigsten Informationsquellen geworden. Mehrmals täglich erscheinen hier Meldungen zur Lage in der Stadt und auf der türkischen Seite der Grenze sowie Hinweise auf Protesttermine in Deutschland. Perspektive Kurdistan hat sich eine »neue So-

lidarität« mit der kurdischen Bewegung auf die Fahne geschrieben und sammelt zudem »Waffen für Rojava«. Über den Kampf gegen den Islamischen Staat, das Projekt der kurdischen Selbstverwaltung und die Möglichkeiten von Solidarität in Zeiten des Krieges sprach Jan Ole Arps mit Sara Mîrkan von Perspektive Kurdistan.

Ihr schreibt, ihr wollt die Solidarität mit der kurdischen Bewegung wiederbeleben, ohne alte Fehler zu begehen. Wie ist das gemeint?

Sara Mîrkan: Unser Ausgangspunkt war der Beginn der Selbstverwaltung in Rojava, im syrischen Westkurdistan, vor zwei Jahren.

Das Experiment des Demokratischen Konföderalismus ist ein in der Region beispielhaftes, revolutionäres Projekt. Dieser Gesellschaftsentwurf strahlt weit über die selbstverwalteten Kantone hinaus. Wie immer, wenn ein Modell in der Realität erprobt wird, gibt es auch Punkte zu kritisieren. Unser Anspruch ist es, weder eine reine Soligruppe zu sein, die nur Unterstützung leistet, noch voll einzutauchen in einen kurdischen Diskurs, sondern eine Brücke in die hiesige Linke herzustellen. Aber angesichts der Angriffe, denen Rojava zur Zeit ausgesetzt ist, liegt der Schwerpunkt momentan eindeutig darauf, die Verteidigung und das Über-

leben des kurdischen Projekts zu unterstützen.

Was sind eure Bezugspunkte in Kurdistan?

Neben dem Experiment der Selbstverwaltung halten wir vor allem den Umgang mit der Frage des Nationalstaats für hochinteressant. Die kurdische Bewegung ist weder im hiesigen Sinne antinational, wie manche meinen, noch eine klassische nationale Befreiungsbewegung. Das Ziel, einen kurdischen Staat zu erkämpfen, hat sie schon lange aufgegeben. Sollte sich aber herausstellen, dass nur dieser Schutz bietet, dann würde auch das pragmatisch gesehen. Vor einigen Wochen verkündete die KCK (1) angesichts der Notlage in Kobanê, dass für sie die Grenzen nicht mehr gelten. Sie rief dazu auf, dass sich die Menschen in Nordkurdistan (Türkei) mit Westkurdistan (Rojava) solidarisieren und sich über die Grenze hinwegsetzen sollen. In dieser Situation hat sie nicht etwa einen eigenen Staat gefordert, sondern aufgerufen, allen Menschen in Syrien zu helfen, eine demokratische Zukunft aufzubauen, weil sonst kein Frieden möglich sein wird. Das zeigt, in welche Richtung es geht.

Derzeit scheint eine friedliche Zukunft in weiter Ferne zu liegen, nicht nur in Kobanê, auch in der Türkei. Wie sieht unter dem Eindruck der aktuellen Ereignisse eure Arbeit aus?

Mehrere Dutzend Tote, eine Regierung, die die größte Minderheit im Land nicht nur im Stich lässt, sondern die Islamisten weiter unterstützt und anstiftet, dazu eine Stimmung des Bürgerkriegs in Teilen der Bevölkerung – vor diesem Hintergrund wird der Friedensprozess in der Tat kaum zu retten sein. Zwei unserer Genossen sind gerade in Amed/Diyarbakır in Nordkurdistan, sie erleben die Ereignisse dort hautnah mit. Wir übrigen konzentrieren uns derzeit auf Online- und Kampagnenarbeit und versuchen, das linke Spektrum in Deutschland auf anstehende Debatten vorzubereiten. So haben wir schon vor Wochen darauf aufmerksam gemacht, dass ein Volksaufstand bevorsteht und dass es wegen der



Im aktuellen militärischen Kampf hilft nichts anderes, als den Gegner zu besiegen.

AKP-Unterstützung für die Islamisten auch innerhalb der Türkei wieder zum Krieg kommen kann. Außerdem haben wir mit anderen linken Gruppen die Kampagne »Waffen für Rojava« gestartet.

Davon abgesehen haben wir sehr früh für die Forderungen der kurdischen Kräfte vor Ort geworben. Wenn die YPG, die PYD und die KCK einstimmig sagen, wir brauchen eine Intervention des Westens, wir brauchen Luftschläge und Waffen, halten wir es für vollkommen unverantwortlich, so wie große Teile der deutschen Linken gegen westliche Interventionen und Waffenlieferungen zu mobilisieren.

Ist es die Aufgabe einer Linken hier, Militäreinsätze zu fordern? Gäbe es nicht genug andere Dinge zu tun? Stichwort PKK-Verbot in Deutschland oder politischer Druck für ein Ende der ISIS-Unterstützung durch die Türkei ...

Es ist völlig in Ordnung, wenn andere einen anderen Fokus setzen. Aber Umdeutungen der Realität und Stellungnahmen gegen die Forderungen der kurdischen Genossen und Genossen können wir nicht akzeptieren. Hier hat sich inzwischen auch einiges bewegt, wie die Debatte in der Linkspartei zeigt.

Ihr ruft zusammen mit anderen Gruppen dazu auf, für Waffen für Rojava zu spenden.

Uns ist klar, dass die westlichen Regierungen kein großes Interesse daran haben, die kurdische Bewegung zu unterstützen. Deshalb darf man es ihnen nicht allein überlassen, sondern muss es selbst in die Hand nehmen. Wir wollen den Westen aber auch darauf festnageln, dass er für die Ziele von Humanität und Demokratie, die er vor sich herträgt, auch etwas tun muss. YPG und YPJ, die sich ISIS tatsächlich in den Weg stellen, brauchen alle Mittel, um dem riesigen Militärarsenal des ISIS auch nur ansatzweise etwas

entgegenzusetzen. Und zwar jetzt, es geht um die Existenz von Rojava.

Und wie soll eure Spendensammlung dabei helfen?

Es geht darum, Geld zu sammeln für Waffen, die dort angeschafft werden können. Nach Kobanê wird ISIS den nächsten Kanton angreifen. Bislang sind 15.000 Euro zusammengekommen, wir hoffen, dass es noch mehr wird.

Für das Geld wird es keine Panzer oder Waffen geben, die nötig wären, um dem militärischen Arsenal des ISIS zu begegnen.

Panzerbrechende Waffen durchaus. Aber natürlich kann unsere Spendensammlung nur ein Beitrag sein, der Druck auf die westlichen Regierungen und die UNO ausübt, damit die dafür sorgen, dass die Menschen in Rojava sich verteidigen können.

In den letzten Wochen waren die sozialen Medien voll von Beiträgen über die »gefallenen kurdischen Heldinnen und Helden«, ihre Selbstmordaktionen, aber auch der Tod von »ISIS-Barbaren« wurde bejubelt. Die zugespitzte militärische Situation, in der Freund und Feind klar zu unterschieden sind, mobilisiert natürlich Emotionen. Aber darin liegen auch Gefahren. Hier geht es vor allem um Identifikation. Die birgt aber das Problem der Enttäuschung, wenn die Dinge dann doch nicht so sind, wie man es sich ausgemalt hat, oder wenn die Lage wieder komplizierter wird. Zudem besteht die Gefahr, dass man das Aufmerksamkeitsspiel der Medien mitspielt. Die Leute in Kobanê sind so lange interessant, wie sie in einer verzweifelten Lage stecken und für Heldenbilder taugen. Ist der Moment vorbei, schwenkt die Aufmerksamkeit zur nächsten Entscheidungsschlacht. So kann man aber keine langfristige (kritische) Solidarität aufbauen oder Strategien gegen ISIS entwickeln. Sollte man diese Dynamik anheizen, obwohl klar ist, dass der eigene finanzielle Beitrag nicht viel bewirkt?

Im aktuellen militärischen Kampf hilft nichts anderes, als den Gegner zu besiegen. Wir juchzen nicht, wenn ISIS-Kämpfer sterben. Wir wissen ja, dass die Organisation eine große Anziehungskraft auf

Teile der arabischen Bevölkerung hat, aber auch auf junge Leute aus Europa. Natürlich stellt sich die Frage, was macht ISIS attraktiv, und welche Defizite unserer Gesellschaften und der Gesellschaften des Mittleren Ostens machen so viele Leute dafür empfänglich? In der Tat wird es nicht möglich sein, ISIS allein militärisch zu besiegen. Gleichzeitig brauchen wir eine gesellschaftliche Perspektive gegen den Islamismus.

Gibt es da schon Überlegungen?

Vor allem scheint ISIS für junge Muslime und Konvertiten attraktiv zu sein, die vom Schrecken des syrischen Bürgerkrieges und der Untätigkeit der ganzen Welt verbittert sind. Dieses Desinteresse darf sich nicht wiederholen.

Es wiederholt sich ja in anderen Teilen Syriens auch jetzt.

Klar, während in Rojava Kämpfe stattfinden, wird die Bevölkerung in der ganzen Region vom IS angegriffen ...

Und von Assad.

Wir unterstützen Rojava deshalb so intensiv, weil es über die Verteidigung des schieren Lebens hinausgeht und sich dort eine Perspektive entwickelt hat, die eine Ausstrahlung in die ganze Region haben kann. Auch unser Engagement für Rojava ist aus der Ohnmacht heraus entstanden. Als der Bürgerkrieg in Syrien begann, immer mehr Massaker geschahen und die Öffentlichkeit, auch die Linke vollkommen paralysiert war, haben wir uns gefragt, wo es Hoffnung gibt, woran man anknüpfen kann. Das war in Rojava.

Siehst du angesichts der Lage in Kobanê, aber auch in der Türkei noch eine politische Perspektive?

Momentan bleibt uns nur übrig, klar Position auf Seiten des emanzipatorischen Projekts der Kurdinnen und Kurden zu beziehen und die Brücke zu progressiven türkischen Linken zu schlagen. Nach wie vor halten wir die Idee Abdullah Öcalans, sich vom Nationalstaat zu verabschieden und die staatliche Macht aufzulösen in lokale und regionale Räte, für den einzigen gangbaren Weg. Natürlich fürchten wir, dass das Interesse wieder abflaut. Uns ist es daher wichtig,

ein Signal in die unterschiedlichen linken Kreise zu setzen, die kurdischen Erfahrungen auch als Chance zu sehen, die eigene politische Theorie und Praxis neu zu definieren und die Grabenkämpfe der Vergangenheit zu überwinden.

Wie das?

Ich denke, dass es in puncto Islamismus einiges zu reden gibt. Ein Teil der Linken hat in den Islamismus ja ein widerständiges Moment gegen die kapitalistische Moderne hineinfantasiert. Diesen Kreisen dürfte klar geworden sein, dass der politische Islam keine emanzipatorische Bewegung ist. Auch in linken Kreisen, die den Westen unkritisch abfeiern, ist durch die Untätigkeit des Westens angesichts des drohenden Massakers Bewegung gekommen. Auch für ein einbindendes progressives Projekt bietet die Erfahrung aus Rojava eine Menge Inspiration. Und wenn die deutsche Linke sich etwas mehr an die Seite der kurdischen Genossinnen und Genossen stellen würde, könnte auch eine internationale Solidarität wieder handlungsfähig werden in Deutschland. ●

Zuerst erschienen in ak 598 /

14.10.2014

Das Interview wurde am 9. Oktober 2014 geführt.

Anmerkung:

1) Die KCK (Union der Gemeinschaften Kurdistans) ist eine gemeinsame Organisation kurdischer Kräfte in der Türkei, Irak, Iran und Syrien. Die Untergrundorganisation, deren Vorsitzender Abdullah Öcalan ist, hat sich Ökologie, Geschlechtergerechtigkeit und den Aufbau selbstverwalteter demokratischer Strukturen in den jeweiligen kurdischen Gebieten auf die Fahne geschrieben, will aber die Staatsgrenzen nicht antasten.

Perspektive Kurdistan

ist eine Gruppe von sechs bis acht sowohl kurdischen als auch deutschstämmigen Leuten aus Mainz. Entstanden ist die Initiative aus der Vorbereitungsgruppe zum gleichnamigen Kongress im Frühjahr 2014. Ihr Anspruch: das Thema Kurdistan, das in der deutschsprachigen Linken in Vergessenheit geraten ist, wieder auf die Agenda zu setzen. Sie organisiert Demonstrationen und Veranstaltungen und betreibt eine Facebookseite, auf der sie über die Entwicklungen in Kobanê, aber auch über die Proteste im Staatsgebiet der Türkei informiert. Außerdem beteiligt sich Perspektive Kurdistan an der Spendenkampagne »Waffen für Rojava«. Informationen unter www.perspektive-kurdistan.org.

Schluss mit der selektiven Solidarität

Die einseitige Unterstützung der kurdischen Selbstverwaltung spielt dem Assad-Regime in die Hände

Von Harald Etzbach

Seit Mitte September 2014 ist Syrien wieder in den Schlagzeilen. Anlass ist der Vormarsch der dschihadistischen Milizen des sogenannten Islamischen Staates (IS) auf die kurdische Enklave Kobanê (arabisch: Ain al-Arab) im Norden des Landes und die Einkesselung der Stadt Kobanê. Seither und insbesondere nach Beginn der Großoffensive des IS gegen die Stadt Ende September wird über die »Schlacht um Kobanê« täglich berichtet. Wenig später begannen auch die Luftangriffe einer von den USA geführten Koalition gegen Stellungen der Terrormiliz.

Verteidigt wird die Stadt im Wesentlichen von den Volksverteidigungseinheiten YPG/YPJ (den bewaffneten Einheiten der kurdischen Unionspartei PYD), mehreren unabhängigen islamischen Brigaden und Einheiten der Freien Syrischen Armee (FSA). Diese haben mit der YPG/YPJ Mitte September ein gemeinsames »Angriffszentrum« unter dem Namen Burkan al-Firat (Vulkan des Euphrat) zum Kampf gegen den IS gegründet. Seit einiger Zeit kämpfen auf kurdischer Seite auch einige irakische Peshmerga-Einheiten.

Kobanê ist der kleinste der drei mehrheitlich kurdischen Kantone (die anderen beiden sind Efrîn und Cizîrê), die seit Juli 2012 nach dem Abzug der syrischen Regierungstruppen die faktisch autonome Region Rojava bildeten. (1) Die bewaffneten Einheiten der PYD beteiligten sich nicht am syrischen Bürgerkrieg, dafür hielt sich das Regime aus den Entwicklungen in Rojava heraus. Auf diese Weise konnten sich hier

unter Führung der PYD relativ unbehelligt Strukturen der Selbstverwaltung entwickeln.

Weniger bekannt ist, dass es solche Formen der Selbstorganisation nicht nur in Rojava gibt. Auch in anderen Teilen des Landes, die von der Herrschaft des Assad-Regimes befreit wurden, haben sich im Laufe der syrischen Revolution Hunderte Lokale Komitees und andere Formen der Selbstverwaltung gebildet. Allerdings hatten diese Strukturen nie die Möglichkeit, sich relativ geschützt zu entwickeln, so wie es im kurdischen Norden der Fall war. Vielmehr standen sie vom ersten Tag ihres Bestehens an unter dem Druck brutaler Angriffe der Regimetruppen und ihrer Verbündeten. Zudem sind in jüngerer Zeit gerade solche Strukturen der Selbstorganisation und ihre AktivistInnen bevorzugte Angriffsziele der IS-Milizen geworden.

Das Schweigen über die syrische Tragödie

Die intensive Berichterstattung über Rojava steht auch insgesamt in einem auffälligen Kontrast zum medialen Stillschweigen gegenüber der Tragödie in den anderen Teilen Syriens. Raqqa im Osten des Landes etwa ist seit Mai 2013 zunehmend unter die Kontrolle der IS-Milizen geraten. Seit August 2014 wird die Stadt vollständig vom IS beherrscht. In der Presse gab es ein paar Artikel, als ein Video auftauchte, in dem BewohnerInnen über ihren vom IS-Terror geprägten Alltag berichteten. (2) So gut wie nichts konnte man jedoch vom Widerstand gegen die Islamisten in Raqqa lesen, etwa über die Frauen, die im Sommer 2013 vor den Gefängnissen protestierten und die Freilassung ihrer Männer und Söhne forderten.


Ähnliches gilt für Yarmouk. Das palästinensische Flüchtlingslager am Rande von Damaskus wird seit Dezember 2012 von syrischen Regierungstruppen belagert. Heute leben dort noch 18.000 Menschen; es herrscht Hunger, Krankheiten grassieren, und seit mehreren Monaten gibt es keine Wasserversorgung mehr. Die Sterberate ist dramatisch gestiegen, vor allem unter Kindern und älteren Menschen. Die Beispiele ließen sich beinahe endlos fortsetzen: Al-Waer, ein Stadtteil von Homs, in dem 400.000 Menschen leben (die Hälfte von ihnen Flüchtlinge) und der von Assad-Truppen eingekesselt ist und regelmäßig bombardiert wird; Aleppo, das sowohl vom IS als auch von Regimetruppen belagert wird und wo Fassbomben täglich unvorstellbare Zerstörungen anrichten; der Widerstand in der östlichen Provinz Deir ez-Zor, wo der IS 700 Mitglieder eines lokalen Stammes hingerichtet hat – kaum etwas davon wird öffentlich wahrgenommen. Zynisch könnte man sagen, dass wir es eben mit der üblichen Sensationsgier zu tun haben. Der syrische Konflikt dauert schon zu lange; Sterben, Gewalt und Widerstand sind keine Neuigkeiten mehr.

Beunruhigend ist, dass wir in der politischen Linken mit einer ähnlich selektiven Wahrnehmung und einer deutlich selektiven Solidarität konfrontiert sind. Seit dem Angriff des IS auf Kobanê hat es eine internationale Welle der Solidarität gegeben. Großdemonstrationen, mitgetragen und mitorganisiert von verschiedenen Gruppen der Linken, finden beinahe wöchentlich statt. Wer in einer Großstadt lebt, kann jede Woche Veranstaltungen zu Kobanê und Rojava besuchen. In Deutschland gibt es zwei linke Initiativen, die Geld zur Bewaff-

nung der kurdischen KämpferInnen sammeln. Wenn man sich jedoch den ersten entsprechenden Aufruf der Neuen antikapitalistischen Organisation (NaO) und der Antifaschistischen Revolutionären Aktion Berlin (ARAB) ansieht (»Solidarität mit Rojava. Waffen für die YPG/YPJ« vom 4. Oktober), stellt man fest, dass die syrische Revolution überhaupt nicht erwähnt wird. In einem zweiten Aufruf heißt es lediglich: »Inmitten des syrischen Bürgerkrieges verteidigen die KurdInnen einen fortschrittlichen Gesellschaftsentwurf.« Das ist natürlich prinzipiell richtig. Dass in Syrien aber auch jenseits der Grenzen Rojavas Kräfte existieren, die demokratische und fortschrittliche Positionen vertreten (nicht zuletzt die bereits erwähnten Lokalen Komitees), fällt erneut unter den Tisch.

Noch schlechter ist der Aufruf der »Interventionistischen Linken« (»Solidarität mit Rojava. Wer wenn nicht wir? Wann wenn nicht jetzt?«), der es tatsächlich schafft, außer einem in Klammern stehenden Hinweis, dass Rojava in Nordsyrien liegt, Syrien überhaupt nicht zu erwähnen. Was ist der Grund für diese höchst selektive Form internationaler Solidarität? Natürlich spielt insbesondere in Deutschland der hohe Organisationsgrad der KurdInnen eine wichtige Rolle. Die Frage ist jedoch, ob Solidarität tatsächlich in diesem hohen Maße von bereits vorhandenen Strukturen abhängig sein darf. In einer Zeit der Globalisierung der Information und der sozialen Netzwerke sind ganz neue Formen internationaler Solidaritätsarbeit möglich und notwendig – den politischen Willen hierzu vorausgesetzt.

Es stimmt auch nicht, dass es in Syrien außerhalb Rojavas keine AnsprechpartnerInnen gäbe. Eine Organisation wie Adopt a Revolution, die seit Beginn der syrischen Revolution mit lokalen Initiativen und Komitees in Syrien kooperiert, hat es vorgemacht. Aus den Reihen der politischen Linken hat Adopt a Revolution nur wenig Unterstützung erhalten. Oft genug wurde die Initiative angefeindet, und das nicht nur von neostalinistischen Organisationen und Strömungen, die sich mehr oder weniger offen auf der Seite Assads positionierten.


Für die westliche Linke ist es an der Zeit, die demokratischen Kräfte überall in Syrien zu unterstützen.

Warum gab es Kampagnen wie die für Rojava nicht bereits vor drei Jahren für die Lokalen Komitees? Offensichtlich ist das »Narrativ« von Rojava etwas, woran die Linke leichter anknüpfen kann. Politische Bewegungen von Menschen im arabischen Raum hingegen stehen in der Linken oftmals von vornherein unter dem Verdacht des Islamismus. Dieser wird dann auch gerne mit dem Islam an sich verwechselt; säkularistisch hingegen wird mit demokratisch und fortschrittlich gleichgesetzt, was der Erfahrung in den arabischen Ländern deutlich widerspricht. (...)

Projektionsfläche für Revolutionsfantasien

Umgekehrt dient ein soziales Experiment wie das in Rojava als Projektionsfläche für allerlei romantische Revolutionsfantasien. So heißt es etwa im Bericht einer Delegation der Kampagne TATORT Kurdistan vom Mai: »Rojava ist der Versuch einer Basisorganisation jenseits der kapitalistischen Moderne und westlichem Interventionismus.« Das ist nichts weiter als die alte autonome Illusion von den »befreiten Räumen« mitten in einer feindlichen Umwelt, aufgeblasen auf die Größe einer ganzen Region im Nahen Osten – eine Insel des Guten außerhalb von Zeit und Raum.

Die Ereignisse um Kobanê führen solche Äußerungen ad absurdum. Nicht nur, dass die PYD eine Intensivierung der westlichen Intervention in Form von Luftangriffen fordert (was angesichts der Situation verständlich, aber trotzdem problematisch ist). Der Angriff des IS auf Kobanê hat auch gezeigt, dass der revolutionäre Isolationismus in Rojava seine Grenzen hat. Die Entwicklung des autonomen Rojava wäre ohne die syrische Revolution nicht möglich gewesen, und der Erfolg des Experiments Rojava hängt vom Erfolg der syrischen Revolution insgesamt ab. Die selektive Solidarität der westlichen Linken hingegen reproduziert auf fatale Weise genau jene ethnischen Spaltungen, die die autoritären Regime im Nahen Osten, auch der Assad-Clan, über Jahrzehnte benutzt haben, um ihre Herrschaft zu stabilisieren. Dabei werden auch die Widersprüche

des Experiments Rojava ausgeblendet. So ist PYD mehrfach gegen kurdische AktivistInnen vorgegangen und hat vorhandene Strukturen der Selbstorganisation durch eigene Parteistrukturen ersetzt, was im letzten Jahr in einer Reihe von Städten zu Protesten führte. Der Plan, eine allgemeine Wehrpflicht einzuführen, stieß ebenfalls auf Widerstand. (...) Der regierende Volksrat ist tatsächlich eher eine Vorfeldstruktur der PYD, und wirkliche Ansätze einer ökonomischen Neuordnung (etwa bei der Landverteilung) wurden bisher nicht unternommen. Das alles spricht nicht gegen das Experiment von Rojava. Vieles, was hier geschieht, ist eine Reaktion auf eine Notsituation, und der Prozess ist offen. Ernsthaftige Solidarität muss diese Dinge jedoch im Auge behalten und kritikfähig bleiben, statt sich in Wunschbildern zu ergehen.

Etwas Positives zum Schluss: Ein wirklicher Fortschritt ist die bereits erwähnte Zusammenarbeit der YPG/YPJ mit Brigaden der FSA in Kobanê. (...) Das Oberkommando der YPG hat Ende Oktober eine Erklärung veröffentlicht, in der die Partnerschaft mit den in Kobanê kämpfenden FSA-Einheiten betont wird. Zudem bekennt sich die YPG zur Verantwortung nicht nur für Rojava, sondern für ganz Syrien. Auch für die westliche Linke ist es an der Zeit, die orientalistische Brille abzulegen und die demokratischen Kräfte überall in Syrien zu unterstützen. Diese verdienen unsere Solidarität genauso wie die KämpferInnen von Rojava. ●

Harald Etzbach schrieb in *ak* 596 über den Aufstieg des IS in Irak und Syrien.

Leicht gekürzt, zuerst erschienen in *ak* 599 / 18.11.2014

Anmerkungen:

1) Dem Truppenabzug war offenbar eine Vereinbarung zwischen dem Regime in Damaskus und der PYD vorausgegangen. Kobanê ist jedoch der einzige Kanton, aus dem sich die Assad-Truppen komplett zurückgezogen haben; im Kanton Cizirê gibt es noch Militärstützpunkte des Regimes.

2) Entsprechende Informationen verbreitet regelmäßig – meist in arabischer Sprache – die Initiative Raqqa is Being Slaughtered Silently. Siehe www.raqqa-sl.com und www.facebook.com/Raqqa.Sl.

Einsame Helden vs. Reiter der Apokalypse?

Blindstellen bei der Analyse des Islamischen Staates und ihre gefährlichen Folgen

Von Andrea Fischer-Tahir und Karin Mlodoch

Die Massaker an den YezidInnen in Sinjar und der Kampf um Kobanê führten in Deutschland zu einem breiten Konsens hinsichtlich militärischer Unterstützung für »die Kurden«, der von der Bundesregierung über DIE LINKE bis zu Antifabündnissen reicht. Angesichts dieser eigentümlichen Allianz stellen wir die Frage, was wir eigentlich sehen, was wir übersehen

und wo die Konfliktanalyse zu Irak, Syrien und dem IS-Terror dringend korrigiert werden müssen.

In wissenschaftlichen, journalistischen und politischen Beiträgen zur Erklärung des Phänomens »Islamischer Staat« (IS) tauchen einige Narrative und Argumentationen immer wieder auf, die viel zu oft unhinterfragt übernommen werden.

IS bezeichnet eine Struktur von sunnitischen Extremisten diverser Nationen, die nach einer dauerhaften Etablierung und territorialen Ausweitung strebt und dabei alles Abweichende bekämpft: schiitische, christliche und yezidische ethno-

konfessionelle Gruppen ebenso wie konkurrierende Parteien, säkulare Kräfte, berufstätige Frauen oder Homosexuelle.

In den meisten Analysen wird argumentiert, dass das Erstarken des IS ein Produkt der Politik der Regierungen im Irak und in Syrien sei. Seit 2005 regieren in Bagdad arabisch-schiitische Gruppen, die mit kurdischen und kleineren sunnitischen Blöcken teilweise Koalitionen eingehen, teilweise Konflikte gewaltsam austragen. Dabei führte die systematische Ausgrenzung arabisch-sunnitischer Akteure, die einst vom Baath-Regime profitiert

hatten, zu lokalen Allianzen zwischen IS, ehemals führenden Mitgliedern des Saddam-Regimes und arabisch-sunnitischen Stämmen, die auf das Einverständnis vieler Menschen treffen, die sich heute benachteiligt fühlen.

In Syrien wiederum führten der anhaltende Krieg des Regimes von Bashar al-Assad gegen Rebellen-Gruppen und Zivilbevölkerung zu einer partiellen Auflösung des Staates und seines Gewaltmonopols und somit zur Entstehung von »Gewaltmärkten« (Georg Elwert), das heißt Strukturen, in denen Waffen frei zirkulieren und Kapital akkumuliert wird durch Entführungen, Raub von Kunstschätzen oder Umleitung von Bodenschätzen. In diesem Umfeld konnte sich der IS zu einer militärisch schlagkräftigen Organisation entwickeln.

Außerdem wird mit der Verantwortung der »Supermächte«, vor allem der USA argumentiert: Diese hätten durch die Einführung des ethnisch-konfessionellen Prozesses von sunnitischen, schiitischen und kurdischen Fraktionen beim Staatsaufbau nach der Militärinvasion 2003 zu einer Ethnisierung regionaler Konflikte und somit zur Stärkung der Dschihadisten beigetragen. Auch für Syrien wird konstatiert, die Stärke des IS sei ein Ergebnis des Versagens der globalen Großmächte und internationalen Organisationen bei der Eindämmung des Konfliktes beziehungsweise der Suche nach einer politischen Lösung.

Darüber hinaus nehmen Analysen regional mächtige Akteure ins Visier: die Interessen des Iran und der Türkei, aber auch der autoritären Regime von Saudi-Arabien oder den Vereinigten Arabischen Emiraten. Letztere gehörten in der Vergangenheit schließlich zu den Hauptexporteuren salafistischer Ideologie, was sich auch dann nicht vergessen lässt, wenn die Emirate im Kampf um Kobanê PR-wirksam eine Pilotin einsetzen.

Und schließlich wird immer wieder argumentiert, dass der IS eine Reaktion auf Kolonialismus und Imperialismus sei. Dies zeige sich in dessen Versuch, die auf dem Sykes-Picot-Abkommen von 1916 beru-



Der Fokus auf Kobanê verliert den IS-Terror im Irak und in Syrien aus dem Blick.

hende regionale Ordnung des Mittleren Ostens aufzulösen. Ferner seien es die durch die ökonomische Benachteiligung im globalen System und kulturelle westliche Hegemonie in ihrer Würde erniedrigten arabischen Armen, die dem IS zuströmten.

Daran schließt ein weiteres Narrativ an, nämlich das vom Versagen westlicher Demokratien. Diese hätten es nicht geschafft, muslimische MigrantInnen hinreichend zu integrieren, was zu einem Erstarren des Salafismus geführt habe. In Deutschland wird in diesem Zusammenhang auch gelegentlich ein Vergleich aus einer anderen quasi kolonialen Situation herangezogen, der an rassistischem Essentialismus kaum zu überbieten ist: So sagte der Nahostexperte Guido Steinberg im Juni 2014 gegenüber der Oberländischen Presse: »Wie es in Bonn cool ist, Salafist zu sein, ist es in Jena cool, Nazi zu sein.«

Was aus dem Blick zu geraten droht

Die Verflechtung von Politik, Medien und Wissenschaft sorgt bekanntermaßen dafür, politische Notwendigkeiten zu definieren und zu popularisieren, um dann politische Praxis zu legitimieren. Die schrecklichen Bilder von verzweifelten ChristInnen und YezidInnen auf der Flucht vor dem IS lieferten der Bundesregierung die Begründung dafür, die irakisch-kurdischen Peshmerga zu VerteidigerInnen abendländischer Werte und religiöser Minderheiten zu erklären, mit dem Beschluss zu Waffenlieferungen einen Paradigmenwechsel in der deutschen Außenpolitik einzuläuten und dabei ganz nebenbei die eigenen Wirtschaftsinteressen in der erdölexportierenden Region zu sichern.

Die Live-Berichte von der »Entscheidungsschlacht« um Kobanê und die von der PYD/PKK verbreiteten Bilder der dort verzweifelt kämpfenden Frauen und Männer boten Teilen einer bisher hinsichtlich des IS sprach- und hilflosen Linken die Möglichkeit zu Identifikation und Handlung: von Solidaritätsdemonstrationen bis zu Geldsammelungen für Waffen. Beides ver-

schmolz zum umspannenden Narrativ des »einsamen Kampfes der Kurden gegen den IS«. Dies und die apokalyptischen Bilder grenzenlos brutaler IS-Kämpfer lassen Forderungen nach militärischen Interventionen des Westens oder der Türkei ebenso gerechtfertigt erscheinen wie Plädoyers, im Kampf gegen den IS das Regime von Damaskus einzubeziehen. Übersehen wird dabei, dass das Assad-Regime – mit dem die PYD seit 2011 eine Art Stillhaltevereinbarung hat – die maßgebliche Ursache für ein Erstarren des IS in Syrien ist und weiterhin syrisch-rebellische Ortschaften und Städte bombardiert. Regimekritische SyrerInnen reagieren verständnislos und verbittert auf die westliche Ungleichgewichtung bei der Wahrnehmung schützenswerter Gruppen.

Durch den Fokus auf Kobanê geraten auch die Fortsetzung des IS-Terrors im Irak und dessen Opfer aus dem Blick. In Mossul geriert sich der IS als Staatsmacht, trennt Mädchen- und Jungenschulen und versklavt Frauen. In der schon seit Januar 2014 vom IS kontrollierten Provinz Anbar richtete die Terrormiliz nach lokalen Medienberichten Anfang November an die 500 Männer des arabisch-sunnitischen Albu-Nimr-Stammes hin, nachdem dessen Führung ihre bisherige Neutralität gegenüber dem IS aufgegeben und sich auf die Seite der irakischen Regierung gestellt hatte.

Die vereinfachte Formel KurdInnen versus IS verstellt auch den Blick auf andere nicht-militärische Schauplätze im Kampf gegen die Dschihadisten. Über wichtige politische Prozesse im Irak wie das zähe Ringen um eine solide neue irakische Regierung oder die Verhandlungen mit sunnitischen Stämmen um eine Einbeziehung in die Anti-IS-Front ist in der deutschen Debatte ebensowenig zu erfahren wie über die zahlreichen Appelle und Aktionen zivilgesellschaftlicher Frauen- und Menschenrechtsgruppen im Irak für eine breite internationale Front demokratischer und laizistischer Kräfte gegen den IS.

Die selektive Perspektive des Westens auf die KurdInnen, YezidIn-

nen und ChristInnen erinnert nicht nur an koloniale Praktiken der Protektion und Einbeziehung von Minderheiten in Herrschaftsstrategien. Sie ist auch fahrlässig, denn sie setzt eben die ethnisch-religiöse Spaltungspolitik fort und gibt dem im Zuge des Erstarkens schiitischer Machtzentren in der Region – von Teheran über Bagdad bis Beirut – entstandenen sunnitischen Opfer-narrativ, von dem der IS profitiert, neue Nahrung.

Luftschläge werden das IS-Problem nicht lösen

Um Missverständnissen vorzubeugen: Natürlich sind wir der Meinung, dass die KurdInnen im Irak und in Syrien nach jahrzehntelanger Unterdrückung einen legitimen Kampf um Eigenständigkeit führen, der nun endlich die lang versagte internationale Aufmerksamkeit erhält. Kritisch sehen wir aber den Versuch vieler Linker, diesen kurdisch-nationalen Kampf als »linkes Projekt« zu interpretieren. Dieser Versuch, den Widerspruch zwischen antikapitalistischer/antiimperialistischer Haltung auf der einen und Zustimmung zu einer westlichen Intervention gegen den IS auf der anderen Seite miteinander zu versöhnen, delegiert die komplexe Frage nach linken Strategien gegen den IS an ein externes »revolutionäres Subjekt«.

Wie viele andere bezweifeln wir, dass Luftschläge gegen den IS und Kleinwaffenlieferungen an die Peshmerga oder moderate syrische Rebellen das IS-Problem lösen werden. Notwendig sind aus unserer Sicht Schritte, die auf Staats(re)konstruktionen im Irak und in Syrien hinauslaufen. Dazu braucht es aber neben einer Vermittlung durch internationale Akteure, die neutraler sind als die bisher genannten, auch den Willen mächtiger Lokalakteure sowie die Integration von unabhängigen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen – vor allem solchen, deren Agenda quer zu ethnischen oder konfessionellen Partikularismen steht. Um hier Ansätze für linke Bündnisse zu finden, muss zunächst der enge Fokus auf nationale und ethnokonfessionelle Minderheiten überwunden werden.

Wir plädieren ferner für eine materialistische Konfliktanalyse. Wer im IS einen »antikolonialen Reflex« sieht oder aber Identitätsdefizite als Erklärungsansatz stark macht, vernachlässigt, dass wir es mit einer Bewegung zu tun haben, die vor allem Teilhabe an lokalen, regionalen und globalen Reichtümern und Ressourcen, einschließlich Menschen, beansprucht. Der IS verfolgt in den von ihm kontrollierten Gebieten eine pragmatische Wirtschaftspolitik, treibt Steuern ein, verkauft Grund und Boden und Öl und findet dafür ausreichend AbnehmerInnen. Sich diese Tatsachen zu vergegenwärtigen, nimmt dem IS auch die von den Medien beschworene, Angst machende und lähmende Aura apokalyptischer Reiter.

Dies führt zu einem weiteren Punkt: Wie umgehen mit Sympathien und Unterstützung für den IS in Deutschland? Die Angst vor der Vereinnahmung durch rechte und rassistische Kräfte, die *den* Islam und »den Muslim an sich« als ein Problem halluzinieren, verhindert bislang ein klares und entschlossenes Auftreten linker Kräfte gegen den IS. Womöglich lässt sich unaufgeregter und mit einem gesunden Hass über extremistische Salafisten reden, wenn in unseren Erklärungen sowohl der ethnisch-selektive Blick als auch das Paradigma der Religion zurücktreten und der IS und seine UnterstützerInnen stattdessen aus einer demokratisch-laizistischen Perspektive als TrägerInnen einer rassistischen, antidemokratischen Ideologie gesehen werden. ●

Andrea Fischer-Tahir ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Nah- und Mittelost-Studien der Philipps-Universität Marburg mit langjähriger Forschungspraxis in Kurdistan-Irak. **Karin Mlodoch** ist Psychologin und Mitarbeiterin des Vereins Haukari, der in Kurdistan-Irak Frauen- und Menschenrechtsprojekte fördert.

Zuerst erschienen in ak 599 /
18.11.2014

Eine Langfassung erscheint in der Dezemberausgabe der Blätter für deutsche und internationale Politik. www.blaetter.de

Zeiten des Aufbruchs

Der Kampf um Kobanê bedroht den Friedensprozess zwischen PKK und türkischer Regierung

Von Joris Leverink
und Dominique Vicente

Bereits zwei Monate dauert die Belagerung der kurdischen Stadt Kobanê an der türkisch-syrischen Grenze an. Die Bedeutung des Konflikts reicht weit über die militärische Auseinandersetzung mit den Angreifern des »Islamischen Staates« (IS) hinaus. Er ist untrennbar verbunden mit den Friedensverhandlungen zwischen der Kurdischen Arbeiterpartei PKK und der türkischen Regierung, dem Erstarken des radikalen Islamismus innerhalb der Türkei sowie dem kurdischen Projekt des »demokratischen Konföderalismus« (siehe Seite 32).

Der zumeist friedliche Verlauf des weltweiten Kobanê-Solidaritätstages am 1. November 2014 steht in deutlichem Kontrast zu den Auseinandersetzungen in der Türkei Anfang Oktober. Am 7. Oktober brachen in zahlreichen Städten, vor allem im mehrheitlich kurdisch bewohnten Südosten des Landes, heftige Straßenkämpfe zwischen türkischen Sicherheitskräften und prokurdischen DemonstrantInnen aus. Massendemonstrationen, niedergebrannte Polizeistationen und Büros der Regierungspartei AKP in zahlreichen türkischen Städten – für vier Tage bekam man einen Eindruck davon, was mit der Warnung vieler BeobachterInnen gemeint ist, der Konflikt könne sich von Syrien aus über die Grenze ausweiten.

Explosion der Wut in Türkisch-Kurdistan

Mindestens 38 Menschen starben bei den Zusammenstößen zwischen

DemonstrantInnen und der türkischen Polizei und Auseinandersetzungen zwischen prokurdischen AktivistInnen und türkischen Rechten und IS-Anhängern. Mehr als 350 Menschen wurden teilweise schwer verletzt, und das Innenministerium sprach von über 1.000 Verhafteten. Nach vier Tagen endeten die heftigen Zusammenstöße. Der inhaftierte PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan hatte, vermittelt über den Vorsitzenden der im türkischen Parlament vertretenen kurdischen Partei HDP, Selahattin Demirtaş, die Protestierenden aufgerufen, ruhig zu bleiben, um einerseits nicht mehr Todesopfer zu riskieren und andererseits nicht den Friedensprozess zu gefährden. Doch nicht alle in der kurdischen Bewegung und in der PKK stehen hinter diesem Schritt. So hatte Cemil Bayık, einer ihrer militärischen Führer, zuvor den Friedensprozess massiv in Frage gestellt.

Die explosive Stimmung rührt vor allem daher, dass für viele KurdInnen die Ereignisse in Kobanê in direktem Zusammenhang mit den Friedensverhandlungen zwischen der AKP-Regierung und der PKK stehen. Und die Türkei unterstütze den IS-Angriff auf Kobanê, weil ihr die kurdische Selbstverwaltung in Nordsyrien ohnehin ein Dorn im Auge sei.

Im Kampf um die von allen Seiten eingeschlossene Stadt – im Westen, Süden und Osten durch den IS, im Norden durch die türkische Armee, die die Grenze hermetisch abgeriegelt hat – konnten die kurdischen VerteidigerInnen zuletzt die Front stellenweise zu ihren Gunsten verschieben. Dazu trugen nicht zuletzt die Luftangriffe der US-geführten Anti-IS-Koalition bei.

Immer wieder erneuern prokurdische AktivistInnen auf beiden Sei-

ten der Grenze die Forderung nach der Einrichtung eines Korridors, um Freiwillige sowie militärische und medizinische Ausrüstung in die Stadt zu bringen. Die türkische Regierung lehnt dies jedoch kategorisch ab. Sie betont immer wieder, dass es sich bei der PYD – dem politischen Arm der YPG/YPJ – genauso um eine Terrorgruppe handele wie beim IS. Dass die türkische Regierung sich schließlich doch darauf einließ, 150 kurdische Peshmergakämpfer aus dem Nordirak die Grenze passieren zu lassen, ist vor allem dem starken Druck der internationalen Gemeinschaft geschuldet.

Viele KurdInnen in der Türkei fühlen sich mit denen südlich der Grenze eng verbunden. Das Experiment mit der kurdischen Selbstverwaltung im Norden Syriens, auf kurdisch Rojava genannt, ist auch ein Resultat des Kampfes der PKK in der Türkei. Die Grenze, die das historische Siedlungsgebiet der KurdInnen teilt, existiert in vielen Aspekten nur auf der Landkarte.

Enttäuschte Hoffnungen auf Frieden

Der Bürgerkrieg zwischen der PKK und dem türkischen Staat dauerte fast 30 Jahre. Dabei hat die PKK, die von den NATO-Mitgliedsstaaten als Terrorgruppe eingestuft wird, den Kampf um kurdische Selbstbestimmung nie rein militärisch, sondern immer auch politisch geführt. Ihre parteipolitischen Ableger, die in regelmäßigen Abständen verboten wurden, waren dabei ebenso ein Mittel wie der bewaffnete Kampf gegen die türkische Armee sowie Anschläge gegen staatliche Einrichtungen und ZivilistInnen.

Seit 1984 sind etwa 40.000 Menschen in diesem Konflikt umge-

kommen, mehr als drei Millionen wurden vertrieben – die überwiegende Mehrheit von ihnen KurdInnen. Verhaftungswellen haben Tausende für »Straftaten« wie die Teilnahme an Demonstrationen oder das Unterrichten in kurdischer Sprache ins Gefängnis gebracht. Allein in den letzten fünf Jahren wurden über 8.000 AktivistInnen inhaftiert, denen mehrheitlich Verbindungen zur Union der Gemeinschaften Kurdistans (KCK) unterstellt werden – ein PKK-naher politischer Dachverband.

Ende 2012 schließlich gab Recep Tayyip Erdoğan, damals Ministerpräsident, heute Staatsoberhaupt der Türkei, bekannt, dass seine Regierungspartei AKP in Friedensverhandlungen mit Öcalan treten werde. Viele in der Türkei verbanden mit diesem Schritt Hoffnungen auf ein Ende der gewalttätigen Auseinandersetzungen und eine Anerkennung der kurdischen Bevölkerung und ihrer Rechte.

Diese Hoffnungen sind in den letzten zwei Jahren enttäuscht worden. Die PKK ist ihren Verpflichtungen aus den Verhandlungen nachgekommen, indem sie eine Waffenruhe ausrief und den Großteil ihrer bewaffneten Mitglieder in die nordirakischen Kandil-Berge verlegte. Die türkische Regierung hingegen hat bisher wenig unternommen, ihren Zusagen, etwa der einer Freilassung von politischen Gefangenen, nachzukommen.

In den Augen vieler UnterstützerInnen der kurdischen Sache ist die Regierung in Ankara mehr als nur eine passive Beobachterin des islamistischen Vormarsches auf Kobanê. Viele gehen davon aus, dass sie durch ihre Zurückhaltung gegenüber dem IS sowohl in Syrien als auch in der Türkei selbst dessen Handlungsfähigkeit erheblich gefördert hat. Sogar von direkter militärischer und logistischer Hilfe für die Dschihadisten ist die Rede. Augenzeuginnen berichten von IS-Kämpfern, die ungehindert die Grenze in beide Richtungen passieren können; von Zügen, die voll beladen aus der Türkei in das vom IS kontrollierte Gebiet fahren; von verwundeten IS-Kämpfern, die in türki-



38 Menschen starben bei Straßenschlachten im kurdisch geprägten Südosten der Türkei.

schen Krankenhäusern behandelt werden.

Die unverhältnismäßige Härte, mit der türkische Sicherheitskräfte im Oktober 2014 gegen die prokurdischen Demonstrationen vorgehen, macht die Haltung der Regierung gegenüber den politischen Forderungen der größten Minderheit des Landes deutlich. Als am 7. Oktober die Unruhen ausbrachen, verhängte die Armee umgehend eine 24-stündige Ausgangssperre in Diyarbakır, Mardin, Van und weiteren drei mehrheitlich von KurdInnen bewohnten Städten im Südosten der Türkei. Solche Maßnahmen hatte es seit den Hochzeiten des Bürgerkrieges Mitte der 1990er Jahre in diesem Umfang nicht mehr gegeben.

Islamisten – nützliche Helfer der Regierung

Mehr als ein Dutzend der Todesopfer der jüngsten Zusammenstöße gehen auf Auseinandersetzungen zwischen prokurdischen DemonstrantInnen und Anhängern der kurdischen Hizbullah zurück. Sunnitische Islamisten, die mit ihren schiitischen Namensvettern im Libanon nichts zu tun haben, gründeten die Organisation 1980 in Diyarbakır. Angehörige der türkischen Armee unterstützten sie dabei und sorgten teilweise für die militärische Ausbildung. Mitte der 1990er Jahre legten JournalistInnen Verbindungen bis in hohe Kreise des Militärapparats offen und erhärteten damit den Verdacht, dass die türkischen Streitkräfte die Gruppe zur Aufstandsbekämpfung gegen die PKK benutzt hatten. Nachdem die Hizbullah seit nunmehr zehn Jahren von der Bildfläche verschwunden war, gründete sich aus ihren Kreisen 2012 die radikal-islamistische Partei Hüda Par. Zwar konnte die Hüda Par bei den vergangenen

Kommunalwahlen in den kurdischen Gebieten kaum nennenswerte Erfolge erzielen; die Morde der vergangenen Wochen sprechen allerdings dafür, dass sie durchaus in der Lage sein könnte, die Region zu destabilisieren.

Möglicherweise hat die türkische Regierung die Bedeutung der Stadt Kobanê für die einheimische Bevölkerung unterschätzt. »Wenn Kobanê fällt, wird es keinen Friedensprozess mehr geben«, ist unter kurdischen AktivistInnen ein häufig zu hörender Satz. Für die AKP-Regierung und ihren neoliberalen Kurs hingegen bedeutet dieser Prozess weit mehr als die Möglichkeit, einen jahrzehntelangen Konflikt zu beenden.

Denn die KurdInnen und die von ihnen bewohnten Gebiete spielen eine wichtige Rolle in den Entwicklungsplänen des Landes: Mit knapp 20 Millionen Menschen stellen sie eine große Gruppe potenzieller WählerInnen und KonsumentInnen, und in den Bergregionen des Südostens lässt sich ein enormes Potenzial alternativer Energiequellen für den türkischen Markt erschließen. Auch aus diesem Grund lehnt Erdoğan jede Beteiligung ziviler oder politischer Akteure am Friedensprozess ab.

Auch fürchtet die AKP, die erfolgreiche Selbstverwaltung der syrischen KurdInnen könnte zum Vorbild für ihre türkischen GenossInnen werden. Anstatt darauf zu warten, dass ihnen die Regierung in Ankara die Erlaubnis für eine Schulbildung in kurdischer Sprache oder die formale Gleichbehandlung der Geschlechter erteilt, könnten sie ihre Umsetzung selbst verwirklichen. Die ersten Schritte in Richtung des sogenannten »demokratischen Konföderalismus« lassen sich bereits in einigen Gemeinden in der Türkei beobachten. ●

Joris Leverink arbeitet als freier Journalist in Istanbul und gehört zum Herausgeberkollektiv des ROAR Magazines (roarmag.org).
Dominique Vicente ist als freie Journalist*in in Istanbul tätig.

Zuerst erschienen in ak 599 / 18.11.2014

Die Geschichte des Ö.

Vom Marxismus-Leninismus zum demokratischen Konföderalismus – die ideologische Wandlung der PKK

Von Thomas Schmidinger

Als Studierende kurdischer Herkunft in den 1970er Jahren die Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) in der Türkei gründeten, standen Marxismus-Leninismus und nationale Befreiungsbewegungen hoch im Kurs der globalen Linken. Auch in der Türkei dominierten maoistische, stalinistische und andere autoritäre Strömungen. Dogmatisch marxistische Gruppierungen bekämpften sich teilweise gegenseitig. Hauptdifferenzen innerhalb der türkischen Linken lagen nicht nur in der jeweils eigenen ideengeschichtlichen Verortung innerhalb des Leninismus, sondern auch in der taktischen Frage, ob die Revolution eher vom Land in die Stadt oder von der Stadt auf das Land getragen werden sollte, sowie im Verhältnis zum Kemalismus.

Der Kemalismus, ein autoritäres und nationalistisches Modernisierungsprojekt, galt Teilen der türkischen Linken auch als linkes, anti-imperialistisches Projekt, das Fortschritte in der Geschlechterfrage bewirkt und die Gesellschaft säkularisiert hatte. Andere begriffen ihn als ein kapitalistisches und nationalistisches Unterdrückungsinstrument. Kemalistische versus antike-malistische Linke, Stadtguerilla versus Bauernbewegung waren entscheidende Bruchlinien der türkischen Linken in den 1970er Jahren.

Die kurdischen Studierenden in Ankara, die sich in der zweiten Häl-

te der 1970er Jahre um Abdullah Öcalan, Cemil Bayık, Mehmet Karasungur, Mehmet Hayri Durmuş, Kesire Yıldırım, Baki Karer, Sakine Cansız und Şahin Durmuş sammelten, waren Teil dieser türkischen Linken, nicht der kurdischen Landbevölkerung Südostanatoliens. Ihre politischen Vorläufer waren weder die ländlichen kurdischen Rebellionen der 1920er und 1930er Jahre noch die frühere kurdische Nationalbewegung, die von Parteien wie der Demokratischen Partei Kurdistan-Türkei (PDK-T) oder der Sozialistischen Partei Kurdistan (PSK) geprägt wurden. Die frühe PKK war ein Produkt der studentischen radikalen Linken der Türkei.

Die antikoloniale Phase

Sie deutete die Konflikte in der Türkei einerseits vor dem Schema marxistisch-leninistischer Modernisierungstheorien, andererseits als imperialistische Konflikte. Kurdistan sahen die jungen Radikalen um Abdullah Öcalan als Kolonie, deren Entkolonialisierung die neue Partei erkämpfen sollte. Zugleich blickten die PKK-GründerInnen verächtlich auf die alten tribalen Strukturen ihrer Herkunftsgesellschaft herab. In ihnen sahen sie die Ursache für die »Rückständigkeit« und den Mangel an revolutionärem Potenzial in Kurdistan. Der Kampf der frühen PKK richtete sich damit nicht nur gegen die Türkei, sondern auch – als Phase im antikolonialen Befreiungskampf – gegen den kurdischen Feudalismus und Tribalismus.

Marxismus-Leninismus einerseits und kurdischer Befreiungsna-

tionalismus andererseits dominierten die Theorie und Praxis der am 27. November 1978 im Dorf Ziyaret in der Provinz Diyarbakır offiziell gegründeten Organisation. Nach Öcalans Weg ins syrische Exil im Juni 1979 wuchs die autoritäre und zentralistische Kaderpartei unter dem Schutz des dortigen Baath-Regimes zu einer bewaffneten Guerilla heran. In Syrien bzw. im von Syrien kontrollierten Teil des Libanon lernte die PKK das Guerillahandwerk. Vor allem die Demokratische Front zur Befreiung Palästinas (DFLP) schulte die StudentInnen aus Ankara im bewaffneten Kampf. 1982 sammelte die PKK schließlich an der Seite der DFLP im Kampf gegen die israelische Invasion des Libanon ihre ersten militärischen Erfahrungen, ehe sie 1984 als Guerilla in die Türkei zurückkehrte.

Neben Marxismus-Leninismus, Nationalismus und Antiimperialismus bildete eine eigene, essenzialistische Spielart des Feminismus von Anfang an eine zentrale Säule der PKK-Ideologie. Die auf den Einfluss von Öcalans ehemaliger Ehefrau Kesire Yıldırım zurückgehenden feministischen Positionen der Partei blieben auch nach Öcalans Bruch mit Yıldırım zentral für das Selbstverständnis der Partei und Öcalans Denken. Bald verfügte die PKK auch über bewaffnete Fraueneinheiten. Frauenrechte bildeten ein zentrales Element der Propaganda, und tatsächlich war die Partei gerade unter jungen Frauen erfolgreich.

Trotz der organisatorischen Geschlossenheit bildete die PKK nie eine völlig geschlossene ideologi-

sche Einheit. Der Aufbau einer Massenbewegung bedeutete auch, dass es immer wieder zu Richtungsauseinandersetzungen und ideologischen Experimenten kam. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1989/1990 trat der Marxismus-Leninismus etwas in den Hintergrund. Doch auch wenn die PKK sich »sozialdemokratisierte«, blieben die wesentlichen ideologischen Eckpunkte bestehen. Gleichwohl war die PKK trotz ideologischer Gemeinsamkeiten mit (post-)stalinistischen Parteien nie von Moskau abhängig. Der Zusammenbruch der Sowjetunion stürzte sie daher ideologisch weit weniger in die Krise als die westeuropäischen kommunistischen Parteien oder die trikontinentalen Proxies der Sowjetunion.

Verhaftung Öcalans und Neuausrichtung

Die entscheidende Bewährungsprobe der PKK sollte erst zehn Jahre später mit der Verhaftung, Verschleppung und Verurteilung ihres Parteiführers Abdullah Öcalan beginnen. Entgegen vieler Erwartungen führte die Verhaftung des Führers (Serok) allerdings weder zur Spaltung noch zur Auflösung der Partei. Nicht einmal den Parteivorstand büßte der inhaftierte Öcalan ein. Vielmehr gelang es ihm nach einer Phase der Irritation, zu der auch sein Verhalten vor Gericht einiges beigetragen hatte, wieder die ideologische Führerschaft zu übernehmen. Der zunächst zum Tode verurteilte und oft in Isolationshaft gehaltene Öcalan meldete sich bald mit kleinen Schriften zu Wort, die er über seine Anwälte aus dem Gefängnis bringen ließ oder im Prozess als Verteidigungsschriften benutzte.

In den Jahren nach 1999 machte die PKK die größte ideologische Veränderung durch. Stichwortgeber blieb der auf der Gefängnisinsel İmralı festsetzende Öcalan. 2002 erklärte sich die Partei zunächst für aufgelöst und wurde durch die KADEK, später Kongra-Gel, weitergeführt, ehe sie ab 2005 wieder als PKK reorganisiert wurde. Auf einer Parteiversammlung im Mai 2005 wurde das von Öcalan in Gefangenschaft entwickelte Konzept



Intellektuell hat sich Öcalan weit von den Ideen der 1980er Jahre entfernt.

des »demokratischen Konföderalismus« als neue Leitlinie angenommen.

Einige der in Gefangenschaft verfassten Schriften Öcalans sind heute auch in deutschen Übersetzungen zugänglich und legen Zeugnis ab von der bemerkenswerten ideologischen Entwicklung des PKK-Führers. Öcalans Reflexionen in Gefangenschaft, wie sie im 2010 auf Deutsch erschienenen Werk »Jenseits von Staat, Macht und Gewalt« zugänglich gemacht wurden, sind weit entfernt von der marxistisch-leninistischen Kampfrhetorik der 1980er Jahre, sondern reflektieren durchaus selbstkritisch die eigenen Kämpfe, Erfolge und Niederlagen.

Eine der bemerkenswertesten Veränderungen in Öcalans Denken wird im Begriff des »Volkes« sichtbar. In der PKK waren in der Vergangenheit immer wieder nationalistische Töne zu hören, die auch – zumindest fallweise – einen völkischen Nationenbegriff umfassten. Heute stellt Öcalan unmissverständlich klar, dass er den Begriff »Volk« ähnlich verwendet wie große Teile der lateinamerikanischen Linken den Begriff »pueblo«. Er habe mehr mit Negri und Hardts Multitude gemeinsam als mit dem, was im deutschen Sprachraum als Volk bezeichnet wird. Im Diskurs der Partei spiegelt sich die Abkehr vom völkischen Nationenbegriff etwa in der Verwendung des Worts »kurdistanisch« wider, das nicht nur die KurdInnen, sondern auch die anderen ethnischen Gruppen Kurdistans einschließen soll.

Umfassende Selbstkritik

Demokratie und eine ökologisch-soziale Ökonomie stehen heute im Mittelpunkt des Denkens von Abdullah Öcalan. Aus der Oktoberrevolution zieht er die Lehre, dass es nur dauerhafte antikapitalistische Lösungen geben könne, »indem die demokratische Haltung der Völker in umfas-

sende demokratische Systeme transformiert wird«. (1) Die Linke – auch die PKK – müsse sich vom Etatismus befreien. Hier knüpft die seit 2005 propagierte Idee eines »demokratischen Konföderalismus« von unten an. Die umfassende Kritik der bisherigen Staats- und Revolutionskonzepte der PKK sind ein eindrucksvolles Beispiel an Selbstkritik, die allerdings noch davor zurückschreckt, auch die eigene Person und Rolle als autoritäre und idealisierte Führergestalt kritisch unter die Lupe zu nehmen.

Neben diesen Innovationen und Weiterentwicklungen finden sich jedoch auch Konstanten im Denken Öcalans. So bleibt die wichtige Rolle, die er der Patriarchatskritik einräumt, auch in den neuen Schriften sichtbar. Historisch hält er die Unterdrückung der Frau durch das Patriarchat für die »erste folgenreiche Konterrevolution« und unterstreicht, dass die Freiheit und Gleichberechtigung der Frau eine Bedingung für die Freiheit und Gleichheit einer Gesellschaft darstellt.

Intellektuell hat sich Öcalan weit von den autoritären marxistisch-leninistischen Vorstellungen der 1980er Jahre entfernt. Auch Erschießungen von ParteidissidentInnen, die es in den 1980er Jahren gab, gehören der Vergangenheit an. Allerdings hat die Hinwendung zu basisdemokratischeren Ansprüchen nichts Wesentliches an der autoritären und zentralistischen Parteistruktur geändert. Zwar wurden Volksräte und andere basisdemokratische Strukturen aufgebaut; die wesentlichen Entscheidungen werden aber immer noch von einem kleinen Führungskader der Partei getroffen. ●

Thomas Schmidinger veröffentlichte im Oktober das Buch »Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan«, das ak als Aboprämie anbietet.

Zuerst erschienen in ak 599 / 18.11.2014

Anmerkung:

1) Abdullah Öcalan: *Jenseits von Staat, Macht und Gewalt. Verteidigungsschriften*, Köln 2010, S. 175f.

ak als Abo oder Geschenk!

Linke Politik: monatlich auf 36 Seiten, übersichtlich im Zeitungsformat. Wir informieren, analysieren und debattieren über und gegen den Kapitalismus. Unsere Spezialität: Hintergründe aufzeigen – Zusammenhänge herstellen!



Prämie A
Kapitalismus: Die ersten 200 Jahre
Eine Einführung in Thomas Pikettys »Das Kapital« im 21. Jahrhundert* von Stephan Kaufmann und Ingo Stitzle.



Prämie B
Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan
Auf 264 Seiten versammelt Thomas Schridinger Analysen und Stimmen aus Rojava.



Prämie C
akArchiv6. Die CD-ROM mit allen Artikeln 03/88 bis 12/08 sowie Fantomas 1 bis 13.

Ausfüllen, ausschneiden, einsenden analyse & kritik, Rombergstraße 10, 20255 Hamburg, Oder faxen: (0 40) 401 701 75, Online-Bestellformular: www.akweb.de

Ja, ich will 4 Mal **ak** für € 10,00.
Das Probeabo wird zum Jahresabo, wenn es nicht nach Erhalt der dritten Ausgabe gekündigt wird. Probeabo ohne Verlängerung:

Ja, ich will **ak** im Abo beziehen.
Ein Jahresabo umfasst derzeit elf ak-Ausgaben.

Normalabo Inland	halbjährlich € 28,00	jährlich € 55,00
Röderland*	€ 20,00	€ 38,00
Sozialabo**	€ 5,00	€ 10,00
Zuschläge		
Europa	€ 8,00	€ 15,00
weltweit (Luftpost)		

* Bitte erhöhen/geringfügigen Preisobergrenze über dem Preis des Normalabos eintragen
** Das Sozialabo ist für Menschen mit geringem Einkommen, ohne Wertepremie

AuftraggeberIn:

VOR- UND NACHNAME _____
STRASSE, HAUSNUMMER _____
PLZ _____ ORT _____
LAND _____
E-MAIL _____

Ja, ich will **ak** verschenken.
Ich möchte eine andere Lieferadresse angeben.
ak soll gesendet werden an:

VOR- UND NACHNAME _____
STRASSE, HAUSNUMMER _____
PLZ _____ ORT _____
LAND _____

Das Abonnement ist auf den angegebenen Zeitraum bzw. auf mindestens ein Jahr begrenzt.

Ich möchte die geschäftliche Kommunikation mit dem akt-Verlag über E-Mail abwickeln.
 Ich freue mich, wenn ak mich zu Veranstaltungen u.ä. einlädt.

Wertepremien
Ich habe ak für ein Jahr abonniert bzw. ein Jahresabo verschenkt. Schickt mir bitte die angekreuzte Prämie. Das Angebot gilt nicht für das Sozialabo.
 Prämie A Prämie B Prämie C

Zahlungswise
 Ich fülle die Einzugsermächtigung aus und lasse das Geld abbuchen.
Hiernut ermächtigte ich a.k.t., Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Hamburg, den von mir zu entrichtenden Preis für diese Bestellung zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

KONTOHABER(in) _____
IBAN _____
BIC _____
GELDINSTITUT _____

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung per Überweisung auf das Konto akt, Verlag für analyse, kritik und information GmbH, GLS Bank, IBAN DE 12 4306 0967 2038 5462 00 BIC: GENODEM33GLS

Die Mindestlaufzeit eines Abonnements beträgt ein Jahr. Bis spätestens drei Wochen vor dem Ablauf des Bezugsraumes ist es schriftlich kündbar. Ich weiß, dass ich diese Bestellung binnen 14 Tagen (Poststempel) bei analyse & kritik widerrufen kann.
ORT, DATUM _____
UNTERSCHRIFT _____

RDISTAIN U
KAMPF U
TAIN KAMPF
KURDISTA

URDISTAIN
AWPE UMW
HAIN KAWM
URDISTAIN